

Erstpreis 1000 Mk.
 zweiter Preis 500 Mk.
 dritter Preis 250 Mk.
 viertel Preis 125 Mk.
 fünfter Preis 62 1/2 Mk.
 sechster Preis 31 1/2 Mk.
 siebter Preis 15 6/8 Mk.
 achter Preis 7 1/2 Mk.
 neunter Preis 3 3/4 Mk.
 zehnter Preis 1 7/8 Mk.

„Die Neue Welt“
 (Anzeigengeschäft),
 monatlich 10 Pfennig.

Verlag „Die Neue Welt“
 Halle a. S.,
 Schriftleitung: Nr. 289,
 Verlagsstelle: Nr. 1047.

Die Arbeiter-Zeitung

Anzeigengebühr
 beträgt für die 6. Spaltenzeit
 10 Pfennig, ab dem 10. März
 20 Pfennig.

Anzeigen
 für die 6. Spaltenzeit
 10 Pfennig, ab dem 10. März
 20 Pfennig.

**Einlagen in die
 Postkassette**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Herz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Schriftleitung: Herz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Reichs- u. Staatsangehörigkeit.

(Zur Reichstagskammer am Freitag.)

Beim Zusammentritt des neuen Reichstages hat die Regierung dem Reichsamt für die Angelegenheiten der Staatsangehörigkeit ein Gesetz, sowie ein Gesetz zur Änderung des Reichsmilitärgesetzes und der Wehrpflicht zugehen lassen. Auf diese Entwürfe, die heute auf der Tagesordnung des Reichstages stehen, soll in nächstemem kurz eingegangen werden.

Das zuerst besprechende Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- (Reichs-) und Staatsangehörigkeit datiert vom 1. Juni 1870. Nach der amtlichen Begründung sollen nun die Verhältnisse seit dem Erlasse dieses Gesetzes eine durchgreifende Wandlung erfahren haben. Mit der Gründung des Reichs und dann mit dessen Erklarung seien auch die nach außen gerichteten Beziehungen der Reichsangehörigen mehr und mehr in den Vordergrund getreten und es wird dann ausgedrückt, daß die gesetzlichen Grundlagen der Staatsangehörigkeit der bestehenden Bedürfnisse nicht mehr in allen Zeiten genügen. Nach dem geltenden Gesetz verlieren Deutsche, welche das Reich verlassen und sich zehn Jahre lang ununterbrochen im Auslande aufhalten, dadurch ihre Staatsangehörigkeit. Dieser Verlust tritt auch gleich auf die Ehefrau und auf diejenigen Kinder, deren gesetzliche Vertretung dem Ausgetretenen kraft elterlicher Gewalt zugehört, soweit sich die Ehefrau oder die Kinder bei ihm befinden. Ausgenommen sind Richter, die verheiratet sind oder verheiratet gewesen sind. Diese Vorschriften sollen nun beseitigt werden. Nach der Begründung könne die Annahme, daß das Band der Nationalität zwischen dem Vaterland und einem Deutschen, der sich zehn Jahre im Auslande ununterbrochen im Auslande aufhalten hat, tatsächlich gelte, als zutreffend nicht mehr gelten. Das dem jetzigen Gesetz den Auswanderern zur Abwendung des Verlustes der Staatsangehörigkeit an die Hand gegebene Mittel der Eintragung in die Konsulatsmatrikel habe im großen und ganzen versagt, da von diesem Mittel teils aus Unkenntnis, teils aus Saumseligkeit nur ein verhältnismäßig sehr geringer Gebrauch gemacht würde. Der Verlust der Staatsangehörigkeit könne aber auf die Dauer nicht durch Veräumlichung einer Formalität herbeigeführt werden.

Nur der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit würde den Verlust der früheren Staatsangehörigkeit zur Folge haben und zwar, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag oder auf den Antrag des Ehepartners oder des gesetzlichen Vertreters erfolgt, die Ehefrau und der Vertretene jedoch nur, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter denen für diese Personen die Entlassung beantragt werden kann. Diese Voraussetzungen hat das neue Gesetz wie folgt formuliert: „Die Entlassung einer Ehefrau kann nur von dem Manne und, sofern dieser ein Deutscher ist, nur zugleich mit seiner Entlassung beantragt werden. Der Antrag bedarf der Zustimmung der Frau. Die Entlassung einer Person, die unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, kann nur von dem gesetzlichen Vertreter und nur mit Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichts beantragt werden. Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ist nicht erforderlich, wenn der Vater oder die Mutter die Entlassung für sich und zugleich für die Ehefrau beantragt. Die Staatsangehörigkeit bedarf jedoch nicht, wer von dem Erwerber der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde seines Heimatstaates zur Verbeibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Vor Erteilung dieser Genehmigung ist der deutsche Konsul zu hören. Unter Zustimmung des Bundesrats soll vom Reichslanzler aber auch angeordnet werden können, daß Personen, welche die Staatsangehörigkeit in einem bestimmten ausländischen Staate erwerben wollen, die Genehmigung zur Verbeibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit verlangt werden kann. Damit soll zugleich dem politischen (1) Interesse des Reichs Rechnung getragen werden. Dieses Interesse könnte die Verlegung der Genehmigung dort entstehen, wo der fremde Staat den Fall der Aufnahmehinweise, etwa die Abfindung der Pflichten gegen ihr früheres Vaterland verlangt.“

Der Verlust der Staatsangehörigkeit ist in dem neuen Entwurf auch bei Verlegung der Wehrpflicht vorgesehen. Die Militärpflicht beginnt bekanntlich mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in dem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert solange, bis über seine Dienstverpflichtung endgültig entschieden ist. Nach der amtlichen Begründung soll es nun eine unbillige Härte sein, wenn jede Verlegung der Dienstverpflichtungen den Verlust der Staatsangehörigkeit zur Folge haben sollte. Diese Wirkung müßte vielmehr solange ausgesetzt bleiben, als noch von dem Wehrpflichtigen angenommen werden könnte, daß er auf Regelung seiner Militärpflichten Bedacht nehmen werde. In dem Entwurf sei diese Frist deshalb verhältnismäßig lang gesetzt. Bis zur Vollendung des 31. Lebensjahres müßte daher der Wehrpflichtige, falls er nicht etwa eines Jurisdiktion über diesen Zeitpunkt hinaus erteilt habe, eine endgültige Entscheidung über seine Dienstverpflichtung erhalten haben. Ist dies nicht geschehen, dann trete der Verlust der Staatsangehörigkeit ein. Außerdem soll noch die Rahmenschuld den Verlust der Staatsangehörigkeit zur Folge haben.

Nach dem Entwurf eines Reichsmilitärgesetzes kann Wehrpflichtigen bei dauerndem Aufenthalt in einem außereuropäischen Lande die Zurückstellung bis zu einer Gesamtbauer

von vier Jahren erfolgen. Diese Vorschriften gelten nicht für ein Schutzgebiet, in dem eine Schutztruppe besteht. Militärpflichtige, die sich in einem außereuropäischen Lande eine feste Stellung als Kaufmann, Gewerbetreibender u. dergleichen erworben haben, können nach Ablauf der Frist, für die sie zurückgestellt sind, frühestens jedoch nach Ablauf des vierten Dienstjahres, auf ihr Ansuchen durch die Ersatzbehörde dritter Instanz dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen werden. Diese Zurückstellung darf jedoch den Militärpflichtigen nur gemacht werden, wenn bei Ableistung der aktiven Dienstpflicht, sei es im Reichsgebiete, sei es in einem Schutzgebiete, ihre Stellung oder ihr in dem außereuropäischen Lande angelegtes Vermögen gefährdet sein würde, aus dem Anhalt dafür vorliegt, daß die Voraussetzungen der Überweisung zum Landsturm zur Umgehung der Dienstpflicht herbeigeführt worden sind.

Was nun die Aufnahme in einem deutschen Bundesstaate anbelangt, so sind auch hier mehrere Veränderungen gegenüber dem jetzigen Gesetz vorgesehen. Wie bisher kann, aber nicht muß ein Ausländer aufgenommen werden. Die Aufnahme soll nun in Zukunft erst erfolgen dürfen, wenn durch Vermittlung des Reichslanzlers festgestellt worden ist, daß die übrigen Bundesstaaten keine Bedenken dagegen erheben; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet über die Zulässigkeit der Aufnahme der Bundesrat. Diese erweiternden Vorschriften finden keine Anwendung auf ehemalige Angehörige des Bundesstaats, auf deren Kinder oder Enkel sowie auf Personen, die von einem Angehörigen dieses Staates ein Kind in einem anderen Staat geboren sind, es sei denn, daß der Antragsteller einem ausländischen Staate angehört. Eine Erleichterung bringt der Entwurf der Witwe oder geschiedenen Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit der Beschließung eine Deutsche war und die sich im Inlande niedergelassen hat. Diesen Personen wird auf ihren Antrag die Aufnahme bei dem Bundesstaate, den sie früher angehört, allein, wenn sie unbeschäftigt, geschäftsfähig und einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben. Zu dieser für die Witwe resp. geschiedenen Ehefrau vorgesehenen Erleichterung hat man sich angeschlossen, weil die meisten ausländischen Staaten in dieser Richtung Deutschland schon zuvor waren. Viel enblich kann ein Ehepaar die Möglichkeit ihrer Witwen und geschiedenen Ehefrauen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit durch Verheiratung mit einem Ausländer verloren haben, den Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit in ihrem Heimatstaate zu ermöglichen.

Während man bisher die Staatsangehörigkeit in sämtlichen deutschen Bundesstaaten erwerben konnte, soll dies nach der Vorlage in Zukunft nicht mehr zulässig sein. Der Angehörige eines Bundesstaats soll nämlich seine Staatsangehörigkeit in diesem Staate mit der Ausnahme in einen anderen Bundesstaat verlieren. Nach der amtlichen Begründung erweise die gleichzeitige Staatsangehörigkeit in mehreren Bundesstaaten im allgemeinen unermüßlich. Nur für Beamte sind Ausnahmen vorgesehen. Die Aufnahme soll nun dem Angehörigen eines Bundesstaats von jedem anderen Bundesstaate, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, auf seinen Antrag erteilt werden, sofern kein Grund vorliegt, der nach den §§ 3 bis 5 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 die Abweisung eines Auswärtigen oder die Verlegung der Fortsetzung des Aufenthalts rechtfertigt. Nach dem Gesetz über die Freizügigkeit ist die Gemeinde zur Abweisung eines neu Anziehenden nur dann befugt, wenn sie nachweisen kann, daß derselbe nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen, und wenn er solchen weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann, noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. Die Befreiung von künftiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung. In soweit bestimmte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltshaltbeschränkungen unterworfen werden können, besteht es dabei kein Verbot. In Preußen können da z. B. nach einem Gesetz vom 31. Dezember 1848 Personen, die zu Zucht- oder Irrenhäusern wegen eines Verbrechens, wodurch die Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen darstellen, zu irgend einer anderen Strafverurteilung worden sind, von dem Aufenthalt an einem neu anziehenden Orte ebenfalls ausgeschlossen werden. In welcher Weise man in Preußen diese gesetzlichen Bestimmungen früher gehandhabt hat, erhebt die breite Öffentlichkeit nach dem „berühmten“ Einzuge des „Austromarschall“ Wrig in Bayern. Seit dieser Zeit scheint in eine etwas mildere Auslegung Platz geschaffen zu haben. Aufgabe des Reichstages wird es sein, die vorerwähnten Bestimmungen aus dem Gesetzentwurf zu streichen und die Aufnahme im Staatsverband nach erspörenderen zu beschränken.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 23. Februar 1912.

Die Beratung der Reichstagsinterpellationen

wurde am Donnerstag im Reichstagsrat zu Ende geführt. Die Regierung hat sich, wie Schatzkanzler Bernath mitteilen konnte, gestern glänzend verhalten, den Kartoffelgaul auf — neun Wochen außer Kraft zu legen. Dagegen bleiben

die Futtermittelstoffe unberührt. Diese erbärmlich kalte Maßregel wird, wie Genosse Antzitz scharf auseinandersetzt, den Konsumten und seinen Randwirten nicht das geringste nützen. Sollen wir hier nur die gängliche Besetzung des geistlichen Kartoffelgauls. So wird der Kartoffelgaul an der Wagnis nur verbrennen; er wird jetzt billiger eintreffen, aber die Kartoffeln solange zurückhalten, bis die Preise nach diesen neun Wochen anziehen. In glücklicher Polemik setzte sich unser Redner mit der merkwürdigen Theorie des Staatssekretärs Debrink auseinander, daß die Verabreichung der Futtermittelstoffe „preistreibend“ wirken müßte. Er unterwarf eingehend die wirtschaftlichen Folgen des Wagnersatzes für die Landwirte scharf selber und wies auf den schroffen Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbau hin. Unsere Karole heißt: Nicht Schutzgoll, sondern Sozialismus. — Mit den bekannten Mägden der Gladbacher Schule versuchte Herr Giesberts vom Zentrum so etwas wie eine Widerlegung, nahm es aber gewaltig übel, als ihm ein Zwischenruf der Linken als Demagogie bezeichnete. Wie soll man ihn aber anders nennen, wenn er seine Rede bis zu der Beauptung steigerte, daß der Schutzgoll im Interesse der Arbeiter und der Konsumenten nötig sei! Die weitere Debatte verdrehte sich. Von der Rechten sprachen drei Redner. Darunter der sächsische Renommierfestschreiber Weinböck, der den Kreis Forchheim-Kulmbach als kräuterliches Gefilde des Jahres damit erhehlt hat. Er und von Witzlich der Wirtschaftlichen Vereinigung Gschärdt erwiehen sich als rechtschaffen langweilige Redner, die das konteratale Schreihöhen so gerade nachplappern können. Beide taten nach berühmtem Rezept so, als müßte die Welt untergehen, weil auf neun Wochen kein Kartoffelgaul erhoben wird. Diese so ganz im agrarischen Geiste ziehende Regierung muß sich nachden lassen, daß sie am Heiligsten zühre, wenn sie auch nur ein Zehntelchen im Bollzettel ausläßt. Amüsanter als diese beiden war Herr Giesertmann, ein Produkt des deutschen Bauernbundes, der mit liberaler und sozialdemokratischer Hilfe den alten Wahlkreis Weibermann von Sonnenberg erobert hat. Man fragt sich nach dem heiligen Zentrum dieses Mannes, was eine andere Nummer. Die Rechte freute sich über diesen Zuwachs unter anderer Firma und jubelte dem Redner zu, der sein Glied aus dem geltenden Schutzgollsystem herausstrecken lassen will und sich gegen die Sozialdemokratie statt auf die nageßelbägenen Bauernschuhe zur Abwechslung einmal auf die harten Bauernschädel berief. Wie es in Wirklichkeit mit den Erfolgen unserer Agitation bei den kleinen Viegliehern steht, dafür legte Herr Giesert von der Freiwirtschaften Volkspartei Zeugnis ab, als er die Wirkung der Aufrechterhaltung der Futtermittelstoffe den weiteren Übergang der deutschen Bauern zur Sozialdemokratie prophezeigte.

Die Wehroverlängerung auf dem Marsche.

Die Nordd. Allg. Zeitung bringt diese Note: „Aus den Verhandlungen des Reichstages ist bekannt, daß die zu erwartenden Wehroverlängerungen den Bundesrat noch nicht beschäftigt haben, und daß bisher weder über die Höhe der Fortdauerungen noch über die Art ihrer Dedung Beschlüsse gefaßt sind. Die beteiligten Anträge beschleunigen nach Möglichkeit die Arbeiten, und es kann erwartet werden, daß in kurzer Zeit über die Wehroverlängerungen Beschlüsse gefaßt sein werden. Die formalen Vorbereitungen der Wehroverlängerung, auf die der weitaus größte Teil der Fortdauerungen entfallen werden, sind am Mittwoch in die Hände des Reichstags gelangt. Jeder wird die Zeit der Vorbereitung dazu bemut, um allerlei mehr oder weniger falsche Kombinationen, teils über den Inhalt der Wehroverlängerungen, teils über die Dedungsfrage zu verbreiten. Im Gebiet der reinen Erfindung gehört die Angabe, der Staatssekretär des Reichsamtstages sei ein Gegner der Verlängerung unserer Wehrfähigkeit.“

Wehr Kanonen! Obwohl über den Umfang der neuen Wehroverlängerung von den beteiligten Faktoren keineswegs Stillstimmigkeit erobert wird, weiß ein angeblich militärischer Mitarbeiter der berüchtigten Post mitzuteilen, daß eine erhebliche Vermehrung der Feldartillerie beabsichtigt sei. Zum Beweis für die „Notwendigkeit“ dieser Vermehrung stellt dieser „militärische“ Mitarbeiter die deutsche Feldartillerie gegenüber als total veraltet hin. Als einen Beweis für diese Veraltetheit führt er an, daß keiner der neu beschafften Feldartilleriergeschütze einen — ausmündigen Soldaten zum Erwerb der Bedienung der Feldartillerie erfordere. Der Post scheint im Hauptamt Agent einer Kanonenfirma zu sein, für den eine feste Provision abfällt, wenn die Lieferungen recht umfangreich ausfallen.

Im Senatorenkonvent des Reichstages

wurde Donnerstag die Angelegenheit der Freikonfessionen wiederum abgemacht. Da die Freikonfessionen keine Fraktion von 10 Mitgliedern sind, werden sie vom Senatorenkonvent und von der Kommission zur Beratung ausgeschlossen. Dann wurden die Vorlegenden für die Nachkommmissionen verteilt. Für die Geschäftsbildungskommission stellen den Vorlegenden die sozialdemokratische Fraktion, den Stellvertreter den liberalen; Budgetkommission: Zentrum erster Vorlegenden, Sozialdemokratische Fraktion; Petitionskommission: Nationalliberale erster Vor-

Abender, Zentrum Stellvertreter; Rechnungs-Kommission: Fortschrittler erster Vorhörer, Nationalliberale Stellvertreter; Wahlprüfungs-Kommission: Konservativ erster Vorhörer, Fortschrittler Stellvertreter.

Zur Grundlage der Berechnung der Kommissionsbesetzung dient folgende Aufstellung: Die Deutschkonfessionisten zählen 45 Mitglieder, denen 11 andere Abgeordnete zugesetzt wurden (Mitglieder der Christlichen Vereinigung und der Reformpartei), also insgesamt 56. Das Zentrum umfasst 85 Mitglieder, dazu 11 Mitglieder und Ortsbürger gerechnet werden, also im ganzen 96. Die Nationalliberalen haben 44 Mitglieder und zwei Witze (Hesterman und Dr. Weder), die Volkspartei 40 Mitglieder, dazu drei Däne Hansen, zusammen 43, die Sozialdemokraten 110 und die Polen 18 Mitglieder. Unberücksichtigt sind geblieben 13 Mitglieder der Reichspartei, die damit nicht als Fraktion anerkannt wird und daher auch keine Vertretung in den Kommissionen und im Elementarort erhält; ferner die 5 Waisen und 11 Waisen, u. a. Graf Polakowski, Graf Oppendorff, Reichler von Paul, Schöder.

Danach wählen die Fraktionen in eine Kommission von 28 Mitgliedern 8 Mitglieder vom Zentrum, 8 von der Sozialdemokratie, je 4 Konervative und Nationalliberale, 3 Volksparteier und einen Polen. — Dementsprechend ist dann auch die Verteilung auf die Kommissionen von 21, 14 und 7 Mitgliedern.

Das kommende Reichstagspräsidium. Die Postische Zeitung verzeichnet ein angeblich aus Abgeordnetenkreisen stammendes Gerücht, nach dem sich die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen über die Besetzung des Präsidiums bei der demnächst folgenden definitiven Wahl bereits geeinigt hätten. Es soll ein Zentrum als Abgeordneter, ein Nationalliberaler als erster Vizepräsident und ein Konservativer als zweiter Vizepräsident werden. Als Kandidaten des Zentrums für den Präsidentenposten nennt man den Grafen Proßkawa; der Kandidat der Konservativen dürfte der Abg. Dietrich sein. Die Nationalliberalen werden voraussichtlich den Abg. Paschke als Kandidaten nennen.

Dieses Gerücht eilt den Tatsachen offenbar voraus, aber so ähnlich dürfte es wohl kommen, denn die nationalliberale Fraktion wählt ein Präsidium der „Linken“ nicht wieder. Die National-Zeitung teilt mit, daß sie zu der Erklärung ermächtigt ist, daß alle Nachrichten über Abmachungen zwischen Nationalliberalen einerseits, Konservativen und Zentrum andererseits jeder Grundlage entbehren. Das hat nichts zu bedeuten.

Fländerung der Reichsliste!

Die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt haben die Aussicht in den letzten Monaten fast gesichert! Dank unserem famosen Zoll- und Einfuhrbeschränkungs machen die Exporteure dabei ein schönes Geschäft, indem sie zu dem im Inlande erzielten Preise die Ausfuhrprämie einstreifen. Im Januar dieses Jahres wurden über 1 Million Mark mehr Zollbeträge durch Einfuhrbeschränkungen als im selben Monat des vergangenen Jahres. Ganz enorm ist die Fländerung der Reichsliste seit Geltung der höheren Zölle und damit der höheren Ausfuhrprämien gestiegen. Die im Januar der aufgeführten Jahre mittels Einfuhrbeschränkungen bezogenen Zölle ergaben folgende Beträge:

1906	2 199 143 Mk.
1907	4 709 670
1908	6 175 254
1909	10 184 123
1910	11 914 571
1911	12 039 579
1912	18 092 398

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß wir viel mehr Wogen exportieren als einführen. Der Ausfuhrüberschuß betrug in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar der drei letzten Jahre 167 600 Tonnen, 2 255 500 Tonnen — und zuletzt 362 241 Tonnen. Für die letzten sechs Monate ergibt sich somit ein direkter Aufschub auf der Reichsliste für die Währungsnoten von 112 075 Mk. Für die dringenden Kulturaufgaben haben wir kein Geld. Dafür zahlen wir aber den Junkern viele Millionen Mark an Verzinsungen — damit der Preis im Inlande in die Höhe geht!

Nationalisierbares.

Die norddeutschen nationalliberalen Wähler sind allesamt glücklich, daß die letzten Vorgänge im Reichstage aufeinander einen Weg bieten, auf dem die nationalliberale Partei schnell und ohne Häßlichkeiten aus formell wieder in das schwarzblaue Lager gelangen kann. Man hört förmlich, wie diesen

höheren nationalliberalen Bedenklichen ein Stein vom Herzen fällt, und wie sie bereit aufstehen, nachdem Schiffer im Reichstage die Erklärung abgegeben, daß die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten nicht mehr verhandeln würden. (Verst. auf Gegenständig! Reb.) Die National-Zeitung erinnert noch einmal an die parteiähnliche Erklärung, wonach eine Parole, für Weibel zu stimmen, weder von der Fraktion, noch vom Fraktionsvorsitzenden, noch von dem Vorsitzenden ausgesprochen wurde. Die Fraktion hat sich nicht dazu verpflichtet, und die nationalliberalen Abgeordneten hätten in der Stichwahl zwischen Weibel und Spain weiße Stimmzettel abgeben sollen. Daß die Parole nicht geschlossen durchgeführt wurde, sei sehr bedauerlich, aber die Weibel-Wähler hätten eben in der „Erregung des Augenblicks“ gehandelt. (Allo: Verzeihung!) Jedemfalls stehe die bona fides (der gute Glaube) der nationalliberalen Fraktion in der Frage der Präsidentenwahl fest. Nach diesem Befehnis der National-Zeitung verläßt das Blatt:

Die Neuwahl des Reichstagspräsidiums, die in der zweiten Märzwoche stattfindet, gibt den Nationalliberalen die erwünschte Gelegenheit, vor aller Welt zu zeigen, daß sie gewillt sind, eine durchsichtige konsequente Politik zu betreiben, die in keiner Weise von der mittleren Linie abweicht.

Was unter der „mittleren Linie“ zu verstehen ist, das geht aus den Eingangsätzen und aus der ausdrücklichen Bezugnahme auf die parteiähnliche Erklärung hervor. Die süddeutschen nationalliberalen Wähler können sich darüber auch nicht im mindesten. Die Münchener Neuesten Nachrichten vom 22. Februar haben sich veranlaßt, einen energischen Appell an die Nationalliberalen zu richten, sich in der Präsidentenwahlfrage von den Schwarzblauen nicht einmischen und sich auch durch die Protestkundgebungen aus eigenen Reihen nicht stören zu lassen, sondern sich einfach auf den Boden des Art. 29 der Verfassung zu stellen, wonach die Mitglieder des Reichstags Vertreter des gesamten Volkes und an Wirtschaft und Institutionen nicht gebunden sind. Die süddeutschen Reichstagsmitglieder sehen ihre süße Großblöppigkeit in den Landtagen gefährdet, deshalb das Flehen. Aber es hilft ihnen nichts; die norddeutschen Nationalliberalen haben selbst nicht einmal den Schein des Liberalismus und die Sozialdemokraten im Reichstage sind bis jetzt noch etwas anspruchsvoller als die süddeutschen Landtagspolitiker. Die „konsequente“ Partei der „mittleren Linie“ muß schon „rechts“ bleiben!

Ein Zeichen für den Rechtsrückfall. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat auf Betreiben des bekannten Reaktionsjägers Schiffer den berüchtigten Weibelverbündler Abg. Weder (heißt) endlich in die Fraktion aufgenommen. Lange wird die Herrlichkeit nicht dauern, denn der Weder ist mit nur zwei Stimmen Mehrheit gewählt, gegen seine Wahl liegt ein vollberechtigter Protest vor, und nachdem die Wahlprüfungen diesmal beschleunigt werden sollen, dürfte Abg. Weder einer der ersten sein, die Gelegenheit bekommen, sich den Reichstagsmitgliedern zu zeigen. Daß man jetzt aber den blauen Weder als Fraktionsmitglied aufgenommen hat, spricht sozusagen Bände.

Wuniges.

In der berühmten Universität Halle haben wir den ebenso berühmten hochachtbaren Professor A. W. M., der jetzt zum zweiten Male in der Magdeburgerischen Zeitung „Wuniges“ einen Namenstifter öffnet und ihnen den süßesten nationalliberalen Duft entströmen läßt. Wunige ist so ein Süßchen Führer auf dem nationalliberalen Parteifeld, so daß wir zur Ergebung der Leser die Wunigensten Blüten auch in unsere Spalten leuchten lassen wollen. Und also blüht Wunige nach rechts: „Weil wir Liberal sein wollen im wahren Sinne des Wortes, dürfen wir denen, die uns nach links ziehen wollen, nicht nachgeben. Wir dürfen die Distanz nach rechts nicht verlieren, weil wir uns eine starke monarchische Staatsgewalt erhalten und dafür sorgen wollen, daß nicht jehudische Friedensliebende (I) und indische Republikanische (II) Deutschland ins Verderben führen.“

Mag der „Großblöck“ in Baden wie in Bayern sich rechtfertigen lassen im Hinblick auf die besonderen Aufgaben der Landtage und mit Rücksicht auf die unerträgliche Zentrumshegemonie und die Wähligung der süddeutschen Sozialdemokratie. Wir wollen den Wunigen und Bayern in ihre Angelegenheit nicht hineinreden! Aber sie mögen uns mit dem

Gedanken versehen, daß die neue Konstellation im Reichstage auch hier die Großblöck-Politik forcere. So lange die sozialdemokratische Partei so ist, wie sie ist, darf die nationalliberale Partei im Reich nicht mit ihr paktieren, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will.

Es gibt nur einen geraden Weg für die nationalliberale Partei, und der ist: zu verbleiben, den Anschlag nach rechts, der die besseren gewonnen hat, in der Beziehung zu den rechten Parteien von der Sozialdemokratie heben, die Parteien einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen. Darum muß die der Partei, die schon so lange auf den Auf geht hat: „Der Feind heißt rechts“, wieder und wieder zu gerufen werden: „Nach rechts!“

Wie hierher ist die Färbung der Wunigensten Blüten ziemlich klar und einheitlich. Wunige lenkt den Wunigensten „nach rechts“ — nicht wahr? So werden es wohl alle Leser verstehen haben. Gut. Aber von jetzt an kommt der echte Nationalliberaler bei der Färbung zum Durchbruch, denn Wunige laßt nun seinen Leitartikel in folgende köstliche Schlußsätze zusammenfassen:

Allo: die Färbung nach links behalten, wenn irgend das Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei es erlaubt, und die Färbung nach rechts wiederherstellen, wenn irgend die Reichsparteien für einen modus vivendi zu haben sind! Dann — aber auch nur dann! — wird die Partei ihren Traditionen (I) treu bleiben und sein, was sie sein muß, wenn sie nicht zerfallen soll: eine nationale und liberale Partei.

Führung „nach links“ — Liberali Föhlung „nach rechts“ — national gibt zusammen „National-Liberal“. Wuniges Wunige „Wunige“ blüht Wunige, Wunige blüht!

„Erfolge“ der Großblöppigkeit in Baden.

Mit der von unseren badischen Parteigenossen geübten Großblöppigkeit soll bekanntlich den Zentrumsbestrebungen, namentlich auf dem Gebiete der Volkshilfe und des Unterrichts auf den höheren Lehranstalten, entgegengetreten werden. Wie wenig Verlaß aber hierbei auf die Nationalliberalen ist, das haben wieder einmal die Landtagsverhandlungen der letzten Woche erwiesen. Die Partei Drehscheibe hat nicht nur beim Schulwesen völlig verlagert, sondern sie brüht sich jetzt auch noch damit, daß sie den Ansprüchen der Kirche völlig gerecht geworden sei. In einer offiziellen Notiz der nationalliberalen Presse heißt es hierüber:

„Die nationalliberale Partei hat in der Landtagsession vom 1. Februar 1912 durch den Mund ihres Führers, des Abg. Nebmann, wiederholt bestimmt erklärt, daß sie für die Erhaltung des gegenwärtigen Verhältnisses von Kirche und Staat ist. Die nationalliberale Partei hat in der Sitzung der zweiten Kammer vom 7. Februar 1912 geschlossen für die Aufrechterhaltung der theologischen Fakultäten gestimmt.“

Sie ist also gegenüber eingetreten: 1. gegen die Trennung von Staat und Kirche, 2. gegen die Aufhebung der Leistungen des Staates an die Kirche, 3. gegen die Aufhebung der theologischen Fakultäten in Heidelberg und Freiburg.“ Das geht selber unserer gemäßigten großblöppigen Wunigen der Volksstimme über die Luftschim, indem sie fährt:

„Was aber beweist die Partei mit solchen Kundgebungen? Daß sie eine Partei der Halbheit, der Unklarheit, des Verschwommensein und politischen Freigebit ist, die wohl in der Theorie gegen den Mikromotanismus dornert, gegen den es die Autorität des Staates zu schützen gelte, die aber in der Praxis, wenn's zu handeln gilt, jedesmal vor ihm die Segel streicht, die den Einfluß des Mikromotanismus auf die Erziehung der deutschen Jugend aufs tiefste bedauert und ihn mit allen Mitteln befähigen zu wollen vorgibt, die aber gerade dort, wo er am gefährlichsten wirkt, nämlich in der Schule, ihn nicht entgegenzutreten wagt. — Kurz: die eben nationalliberal ist, eine Partei des Wobens und Wobens, des Einweichens, des Weichens, der Angst vor jeder Konsequenz und durchgreifenden Gemüthslosigkeit, des Mundpreisens, ohne zu prüfen, der liberalen Phrasen ohne folgerichtige politische Tat.“

Das ist der Standpunkt, den wir immer gegen den bürgerlichen Liberalismus eingenommen haben. Das Wunder ist nur, daß die Führer der Badener Genossen immer wieder und unter allen Umständen mit den erbärmlichen Liberalen tust handeln.

Deutsches Reich.

— Fortschrittlicher Wahlrechtsantrag. Die Fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Reichstagenbauischen Antrag auf Einführung des Allgemeinen, gleichen, direkten und

Kleines Feuilleton.

Woher kommt der „Verworr“ im Theater?
Von einem Theaterhistoriker wird der Kohn. Zeitung geschrieben: Die Eitel, erfolgreiche Dichter und Schauspieler nach Beendigung eines Aktes oder nach Schluß des Schauspiels durch die Vor den Zuschauern zu stehen, ist heutzutage so allgemein üblich, daß sie uralt und selbstverständlich zu sein scheint. Es ist aber weder das eine, noch das andere. Es ist erstens sehr schwer begriffbar, warum man gerade einen Dichter oder Schauspieler dadurch auszeichnet, daß man ihn zehn- bis fünfzigmal umringelt, vor dem Vorhang zu erscheinen. Dieser Brauch hat nemlich auch erst ein verhältnismäßig junges Alter und entspringt einer Reihe des Pariser Sublimums. Der Verworr hat gewisse bauliche Eigenheiten der Bühne zur Folge. Erst durch die neuartige Multiplidation und durch den großen Wührenborang ist der Verworr eigentlich möglich geworden. Die griechische Bühne kannte einen Vorhang überhaupt nicht. Er scheint vielmehr in einer sehr primitiven Form erst im römischen Theater zur Einführung gekommen zu sein, während Ästheten, die sogenannten Verfallten, schon bei den Griechen vorhanden waren. Der römische Vorhang wurde aber auch nicht heruntergelassen, sondern von unten emporgeschoben. Das Theater des Mittelalters kannte derartige Einrichtungen nur sehr wenig. Erst im Jahre 1657 führte Vignola, genannt Dali, die heutige Multiplidation und den großen, die ganze Szene abtönenden Wührenborang ein. Nach anderen Mitteilungen ist der große Wührenborang sogar erst im Jahre 1687 von Francoeur in Paris eingeführt worden. Durch diesen Vorhang wurden die Schauspieler dem Publikum nach Beendigung des Aktes entzogen. Das Theater wurde eine Welt für sich, hinter die der gewöhnliche Bürger nicht mehr schauen konnte. Einige Jahrzehnte später wurde zum erstenmal ein Dichter vor den Vorhang gerufen. Es war am 21. Mai 1748. In Paris wurde Voltaire's Drama Merope aufgeführt. Das Publikum, das von dem Eind begierig war, hörte durch Zufall, daß sich Voltaire im Theater hinter der Szene befand. Da rief einer aus dem Publikum, daß sich Voltaire dem Publikum zeigen müßte. Da es ganz ungewöhnlich war, so leitete der Dichter dem Vorhang nicht Folge. Man verstand aber der Ruf nach Voltaire nicht. Das ganze Publikum trat unangesehnt den Namen des Dichters, bis sich endlich Voltaire vor dem Vorhang zeigte. Dies war der für die Theatergeschichte wichtige Akt, der den „Verworr“ schuf. Denn was den Dichtern recht war, war den Schauspielern falsch. Von jetzt ab

wurde ein Schauspieler, den das Publikum liebte, in Frankreich gleichwie nach guter Artung vor den Vorhang treten. In Deutschland vergingen noch beinahe 50 Jahre, bis die rechte Seite einbürgerte. Der erste Schauspieler, der hier hervorgehoben wurde, war der berühmte deutsche Schauspieler Johann Franz Grotmanns Rodmann, der am 30. September 1745 in Braunschweig in der Zeitung „Der Zuschauer“ eine Anzeige machte, er sei am 1. Januar 1771 auf den Wuhrenborang nach Hamburg kam, wo er längere Zeit tätig war. Besonders war er als Dantel hervorgetreten, der von ihm zum erstenmal im Jahre 1778 in der Schroderischen Bearbeitung in Hamburg aufgeführt wurde. Im Jahre 1778 gab Rodmann — Berlin ein Gastspiel. Am 5. Januar 1778 spielte er unter der Begleitung des Publikums seine Hauptrolle Dantel, mit der Beratung Kraft, daß das Publikum ihn zum erstenmal vor den Vorhang rief. Mit diesem Tage hat die Eitelkeit in Deutschland einbürgert. Sie ist also hier nur wenig mehr als hundert Jahre alt.

Eine Sprache, die niemand „richtig“ schreiben kann.
In seiner Reichsregierung ist ein Kompromiß schimmlicher Art, das eben viele Ausnahmen wie Regeln hat und von niemandem wirklich beachtet wird. Unterzeichnete Verträge, die dies schlagen beweisen, wurden, wie die Dresdener Zeitung berichtet, im vorigen Wunde für Schulzwecke unternommen. Der Referent hatte ein schwieriges Diktat, das einem der für die Hand des Schrebers bestimmten Lehramtskandidaten entnehmen war, zunächst selbst geschrieben und immerhin nach fünf Proben gemacht. Schlimmer gefallte sich die Sache, als die gleiche Sprache mit Erlaubnis eines Professors einem von diesem geleiteten Kursus von Kollegen diktierte. Die Herren machten 4—22 Fehler; der Durchschnitt ergab 13 Fehler. Acht Frauen und höherer Mittelschulbildung, die dem folgenden, letzten Arbeiten mit 13—30 Fehlern (im Durchschnitt 24); zehn Akademiker, darunter Dozenten der Universität, machten 14—30 (durchschnittlich 24½) Fehler. In den Arbeiten einer Anzahl niedrigerer Lehramtskandidaten, die dem folgenden, letzten Arbeiten mit 14—22, durchschnittlich 17 Fehlern, der das Experiment mitmachte, gab eine Arbeit mit 18 Fehlern ab. Kurzum, die meisten Arbeiten verdienten die Schulgenur „Unbefriedigend“.

Der Leiter der Versammlung, Stadtschulrat Sadows, erklärte, daß er Kopfweh litt und Diktat nicht mehr. Er hätte sich 50 Fehler darin gemacht. Hier sich selbst nehme er das Recht in Anspruch, das Wort, dessen Recht dreizehnmal er nicht weiß zu schreiben, wie es ihm gefällt. Sei dies dem Ermöglichten er-

laubt, so sollten den Kindern nicht erst solche Rollen gestellt werden. Schon jetzt sollte man bei Beurteilung der Arbeiten die nötigen Festsetzungen nicht ansetzen und bei den Aufnahmeprüfungen mehr auf Begabung als auf Reife des Schrebers setzen. Dem pflichtete Professor William Stern bei, der sich nicht als den Professor bekannt, dessen Arbeit 23 Fehler aufgewiesen habe. Am übrigen warnte er davor, sich etwa nunmehr auf das Wortliche (lautenmäßige) Prinzip zu beziehen, da dies wegen der vielen Dialekte einen Verzicht auf den großen Vorteil der einheitlichen gemeinsamen Orthographie für das ganze deutsche Sprachgebiet bedeute. Eine grundlegende Reform erwartet er erst für die Kindesfinder, Vereinfachungen aber, wie z. B. die Anwendung des großen Anfangswortstübens nur am Anfang des Satzes und der Eigenamen, meinte er, seien schon jetzt durchführbar.

Warum man nicht.
Der Direktor des Kopenhagener Gefängnisses, Grundvig, hat bei 600 wegen Eigentumsvergehens bestraften männlichen Personen festgestellt, ob sie bei Wegnahme der Tat arbeiteten oder sonst in Not befindlich gewesen wären und ob sie im Kauf gehandelt hätten. Die Ergebnisse der Statistik sind recht interessant und zeigen deutlich, welche großen Einfluß die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Menschen und seine Handlungen haben.

83 Prozent, also nahezu drei Drittel aller Beurteilten waren bei Wegnahme des Diebstahls nach dem Feststellen der des Gerichtsurteils ohne Arbeit gewesen, darunter 46 Prozent, die sich in offener Not befanden. Dazu kommen noch weitere 5 Prozent, die zwar Arbeit hatten, bei denen aber gleichfalls eine Notlage konstatiert wurde. Nur 38 Prozent der Beurteilten hatte Arbeit gehabt und keine Not gelitten.

Aber auch der Alkohol spielt eine Rolle. Es zeigt sich, daß von den Arbeitlosen aber in Not befindlichen 46 Prozent, die die Tat im Kauf begangen hatten. So bleiben im ganzen nur etwa 13 Prozent übrig, die weder arbeitslos, noch in Not und Verantwortung für ihre Tat voll gefastet hätten, wenn nicht auch ihre Entschuldigungsgründe, die die Statistik nur nicht so offen auf der Hand liegen, vorhanden sein mögen. — 600 Diebe wurden beurteilt. Davon hatten 522 offenbar, und eine Reihe weiterer möglicherweise unter dem Einfluß ihres wirtschaftlichen und sozialen Milieus gehandelt. Erprobung trifft auch sie ganz ohne Frage des Gefanges, das selber die Sache als Beweis aufgebracht ist; Richter nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werde!

geheimen Wahlrechts und Neueinteilung der Wahlkreise wieder eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion ist bestrebt zu sein, um selbständige Anträge stellen zu dürfen. Durch den Antrag soll die Regierung gezwungen werden, eine Abstimmung darüber zu geben, ob noch im Laufe dieser Session mit einer Wahlrechtsvorlage von ihrer Seite zu rechnen ist, da die Regierungserklärung nur besagte, in diesem Jahre gäbe es nichts.

— Ein Reichstheatergesetz. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion sich u. a. auch beantragt, die Regierung um Vorlage eines Reichstheatergesetzes zu ersuchen. Man erklärt nun, daß sich bei den zuständigen Reichsbehörden ein Entwurf für ein Reichstheatergesetz in Vorbereitung befindet, der allerdings noch nicht soweit gefördert sei, daß er noch in dieser Session dem Bundesrat und Reichstag zugehen könne.

Ein Reichstheatergesetz wird lange genug gefordert, so daß die Regierung nicht erst den neuerlichen sozialdemokratischen Antrag hätte abzuwarten brauchen, um zu verhindern, daß sie jetzt endlich die Arbeit im Angriff genommen habe. Wenn aber in dem Tempo weiter gearbeitet werden soll, dann ist in zehn Jahren noch kein Reichstheatergesetz fertig.

— Auflösung des Landtags in Schwarzburg-Rudolstadt? Nachrichten aus Rudolstadt besagen: Unter den Verlagen, die dem hiesigen erstinstanzigen Landtage zugegangen sind, befindet sich eine Reform der Einkommensteuer, die mit einer Änderung des Wahlrechts verbunden ist. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die im Landtage die Mehrheit haben, beschlossen bereits, auch diesmal eine Vorlage derselben Art abzulehnen. Damit ist ungewiss, ob ein Konfliktstoff gegeben, der mit Sicherheit zur Landtagsauflösung führen dürfte.

Diese Meldungen eilen wohl den Tischen voraus. Sicher dürfte nur sein, daß die Regierung einen Konflikt provozieren will, um den Landtag auflösen zu können. Sie hofft dann auf besseres „nationales“ Wetter und Schwächung der Sozialdemokratie.

— Dem Verdienste seinen — Michael! Der bisherige Führer des Zentrum und jetzige bayerische Ministerpräsident Reichert v. Dertling hat den sogenannten „Verdienstorden vom heiligen Michael I. Klasse“ bekommen. Auf welchem Gebiete diese Verdienste liegen, ist nicht bekannt.

— Die lebende Volksseele. Die katholische Volksseele ist wieder einmal ins Schwanken geraten und das kam so: Das Heilige Reichs-Brot hat in Preußen eine Revolution eingeleitet und diese mit drei Dingen belegt. Einer dieser Dinge heißt nun den Kanten „Domber“, und das hat in katholischen Kreisen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. So schreibt die Germania:

Es ist ein unglaublicher Stand, daß die königliche Gesellschaft eine derartige Benennung der Dengele wie „Domber“ zuläßt oder gar selbst anordnet. Die Katholiken müssen es sich ganz entschieden verbitten, daß mit Entschiedenheit ihrer Geistlichen in diesem Zusammenhang und in einschlägiger Weise der Vergebung ein derartiger großer und abschätzbarer Mißbrauch fände. Wir möchten doch das Brotknechtchen in ganz Deutschland hören, das sich, und zwar ebenfalls mit Recht, erheben würde, wollte ein Geistlicher es wagen, einen Kanten „Superintendent“, „General-Intendant“ oder gar „Kaiser“ zu benennen. Was hier also nicht geschieht, warum soll es den Katholiken gegenüber erlaubt sein?

Der Geistlichdirektor, der diese Bezeichnung des Dengeles gestattet hat, mag froh sein, daß er in Preußen amtiert und nicht in dem zentrumsgünstigen Bayern. Der Dengele bekommt natürlich jetzt einen anderen Namen und die lebende katholische Volksseele findet wieder Ruhe und Frieden.

England.

Um die Oberhausreform. Man schreibt uns aus London: Es ist ein Zeichen der hoffnungsvollen Verfahrensweise der konservativen Partei, daß sie trotz der sich immer höher auftürmenden Schwierigkeiten der Regierung nicht ihres Anspruchs weis, als sich zum Gegenstand ihrer ersten Generalattende die selbe Vorlage auszusprechen. Der Führer Salisbury und die Wahl Bonar Law zum neuen Führer wurde dahin abgelehnt, daß die Reform der englischen Regierung in der konservativen Partei erlangen haben, und man hätte deshalb erwarten sollen, daß die Partei nun diese Frage in den Vordergrund drängen werde. Dabei ist aber nichts zu spüren, man will jedenfalls das bald wieder häufige wirtschaftliche Depressions abwarten. So vertritt der Adelstand bei der diesjährigen Jahresbesitzung noch weniger Neigung als gewöhnlich. Das offizielle Oppositionskomitee hat in Antwortschreiben vorurteillich die Regierung dafür, daß sie ihr Verbot, unverzüglich nach der Befreiung des Kongoesgesetz Vorstöße zur Reform des Oberhauses zu machen, nicht eingeleitet hat. Daß die Konservativen als anerkannte Verfechter der Verwirklichung des Wels sich zu begierig zeigen, die erste Kammer als direkte Ständevertretung des Oberhauses zu zerlegen und an ihre Stelle einen aus mehr oder weniger demokratischen Wahlen hervorgehenden Senat zu setzen, ist gewiß ein bizarres Schauspiel. Die Sache ist aber freilich nicht so einfach zu erklären. Die Konservativen können es nicht vermeiden, daß das Parlamentsgesetz den Vorbehalt des unbedingten Vetorechts ge-

nommen hat, so daß jetzt eine Regierungsvorlage unter Umständen auch ohne die Zustimmung des Oberhauses Gesetz werden kann. Sie sind entschlossen, diesem sehr beschleunigten Vorgehen rückgängig zu machen, und die passende Gelegenheit dazu bietet die in der Einleitung der Parlamentsperiode ausdrücklich versprochene Reform des Oberhauses. Daß die Konservativen, wenn sie die Reform des Oberhauses zu unternehmen haben werden, gleichzeitig auch die Parlamentsreform in Erwägung ziehen werden, hat Bonar Law in dieser Debatte in bürren Worten erklärt.

Im übrigen ist die ganze Debatte von Anfang bis zu Ende unehrlich und nur darauf berechnet, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Es ist höchstwahrscheinlich eine längst abgemachte Sache, daß nicht die Liberalen, wenigstens nicht in dieser Parlamentsperiode, sondern die Konservativen die Reform des Oberhauses vornehmen werden. Das liegt im dringenden Interesse beider Parteien. Die Regierung hat damit zu rechnen, daß die Trennung von allen Dingen erst ihre Gomerale, daß ein großer Teil der Liberalen und die ganze Arbeiterpartei überhaupt keine Reform des Oberhauses haben wollen, und daß es für alle Fälle sehr schwer wäre, eine liberale Mehrheit für die Erweiterung der Rechte des Oberhauses zu bekommen. Was einfacher, als daß man dieses ganze Geschäft der nächsten konservativen Regierung überläßt und sich mit radikalen Protesten begnügt?

Oesterreich-Ungarn.

Generalfreie als Demonstration für das gleiche Wahlrecht. Die ungarische sozialdemokratische Partei hat beschlossen, am 4. März den Generalfreie familiärer organisierter Arbeiter als Demonstration für das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verbinden. Gleichzeitig veranstalten die Arbeiter einen Umzug vor dem Parlament.

Italien.

Parteiischer Rummel in der Kammer. Das italienische Parlament, das am Donnerstag eröffnet wurde, war der Schauplatz „patriotischer“ Kundgebungen. Haus und Tribünen waren voll besetzt, die Minister wurden mit begeisterten Ovationen empfangen. Der Kammerpräsident brachte der Verne und Marine „seinen Gruß“ dar, was mit feierlichem Beifall aufgenommen wurde. Der Kriegsminister und der Marineminister dankten für die „Ehrungen“, die den Lands und Seestreitkräften zollt wurden. Dann verlas der Präsident eine Tagesordnung, worin dem Heer und der Flotte „Grüße und Beifall“ spendet werden. Diese Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Dann brachte Ministerpräsident Giolitti einen Gesetzentwurf ein, worin Tripolis und die Cyrenaika als italienische Besitzungen „erklärt“ werden. Auf Antrag des Ministerpräsidenten wurde der Entwurf einer besonderen Kommission zur Prüfung überwiesen. Die „patriotischen“ Kundgebungen wiederholten sich während und nach den Reden der einzelnen Minister. — Wie man sieht, machen sich die Italiener die „Anexionen“ von Tripolis ziemlich leicht.

Mexiko.

Der Bürgerkrieg in Mexiko wütet nach Meldungen amerikanischer Konsuln täglich heftiger. Fast das ganze Land befindet sich in völligem Zustande der Anarchie und die Regierung ist vollständig machtlos, ihre „Autorität“ geltend zu machen. Anhänger der Generale Zapata und Gomez, welche beide Kandidaten für den Präsidentenposten sind, durchziehen plündernd und Mordtaten begleitend das Land. Ausländer und Eingeborene werden ohne Unterschied von den Banditen angegriffen und ihrer Wertsachen beraubt, wobei es manchmal nicht ohne Verwundeten abgeht. Von den Raubzügen werden sogar Städte zerstört, und diejenigen, die sich weigern, der Aufforderung, eine bestimmte Summe Geldes zu zahlen, nachzukommen, werden erschwertlos hingerichtet. Das Ansehen und Eigentum der Exter dieser Verbrechen werden zerstört. Im ganzen Lande herrscht Schrecken und Furcht vor den Worten dieser Verfechter. — Ob Uncle Sam noch so ganz unbedarft an den Intrigen in Mexiko ist? Überstreifen die amerikanischen Konsuln in ihren Berichten nicht, dann werden die Zustände wohl bald für das längst ersehnte Eingreifen der Vereinigten Staaten „reif“ sein.

Aus der Partei.

Erbauliches von der „Großblodpolitik“.

Wohin die wunderbare Großblodpolitik im Ministerlande Baden führt, ist mit unübertrefflicher Deutlichkeit aus dem Bericht über eine Karlsruhe'er Parteiverammlung zu ersehen. Den wir in der „Mannheimer Volksstimme“ finden. Er lautet:

Der Karlsruhe'er Parteiverein besaßte sich in zwei Versammlungen mit dem Thema „Die Reichstagswahlen, unter besonderer Berücksichtigung von Baden und Württemberg“. In der zweiten, am letzten Mittwoch, legte der Vorsitzende der Landespartei, Herr v. B., die Verhandlung mit dem deutschen Parteivorstand in Baden der badischen Reichstags-„Stimmabgabe“ dar. Diese Mitteilung ging dahin, daß der deutsche Parteivorstand mit der Haltung des badischen Zentralkomitees einverstanden gewesen sei. Zu einer vom Genossen Dietrich eingebrachten Anweisung des Parteifreies Engler an alle oberbadischen Wahlkreise, wonach unsere Parteigenossen im Überlande die Verpflichtung hätten, am Wahltag für die Liberalen Stimmzettel zu verteilen und Stimmperücke zu stellen, erklärte Herr v. B., daß Engler ganz auf eigene Faust gehandelt habe, daß der Landesvorstand sich für alle Zukunft derartige Regime ver-

bitte. (Sehr gut!) Die Haltung des Volksfreies wurde vielfach getadelt, er habe den Kampf mit den Liberalen in Württemberg und Baden nicht leidet genug geführt. Sodann wurde eine Resolution eingebracht, welche das Zentralkomitee tadelte dahingehend, daß seine Forderung die Niederlage Gels in Karlsruhe befestigte. Ferner sei die Resolution des Jauer Parteifreies hindern gewesen für einen durchschlagenden Erfolg, eine solche Stimmabgabe dürfe in Zukunft nicht mehr so früh gefaßt werden. Bei der Abstimmung über die geteilte Resolution wurde der Punkt abgelehnt, der das badische Zentralkomitee tadelte, aber nicht wurde ferner der Punkt, der von einem Stimmabgeber gegen den Ruf, der dem Volksfreies aufforderte, mehr grundsätzliche Politik zu machen. Leider ereignete sich am Schluß, der sonst in anerkennenswerter Sachlichkeit verlaufenen Versammlung noch ein unliebsamer Zwischenfall, indem Abg. Kolb erklärte, er werde den gefaßten Rufus im Volksfreund nicht veröffentlichen, wogegen die Versammlung energig protestierte.

Ausgesprochen! Auf dem Parteitag in Münden erg. harte deutsche Genosse Engler, der jetzt die Arbeiter liberaler Agitation treiben heißt.

Seien Sie ganz ruhig, wir verfallen nicht in Kleinbürgerliche Politik, sondern wir werden immer eine klare Arbeiterpolitik treiben!

So also sieht badische Arbeiterpolitik aus! Nicht lange mehr wird es dauern und man erklärt ein selbständiges sozialdemokratisches Parteiprogramm für überflüssig und geht zu dem Wahlkampf über: „Partei“ und Sozialismus sind eins. Es handelt sich dabei kaum um die ganz grundsätzliche Einigung eines einzelnen. Die Kommitte aus der Versammlung an die Adresse des badischen Volksfreies und es wegen der in Baden im Bestande befindlichen Parteigenossen zeigen die Richtung an, wo die Mitgläubigen an dem unglücklichen Vorgehen des Genossen Engler sitzen. Nicht minder kennzeichnend ist die Weigerung des Volksfreundredakteurs, Genossen Kolb, einen Beifall zu veröffentlichen, der grundsätzliche Politik von ihm fordert. Die „Führer“ lassen viel lieber die sozialdemokratischen und sogar die einfachsten demokratischen Grundzüge fahren, als ihre gefaßte „Großblodpolitik“!

Erinnerung an „schamlose“ Zeit.

Am 14. Februar, er waren es 25 Jahre, mo die preussische Regierung auf Grund des damaligen Sozialistengesetzes vierzig und fünfzigsten den kleinen „Vergewaltigungsbund“ verhängte und 28 Genossen mit der Ausnahme der beiden, die im ganzen wurden 44 Genossen ausgewiesen. Der Stuttgarter Parteiverein hat beschlossen, eine Erinnerungsfest zu veranstalten. Umfänglich ist der Termin hierfür auf Sonntag, den 3. März, festgesetzt. Die Feste findet im Lokal des Genossen Prof. Albrechtstraße 3-4, von nachmittags 5 Uhr ab statt. Die damals ausgewiesenen Genossen, die heute in Deutschland zerstreut wohnen, werden zu dieser Feste hiermit freundlich eingeladen. J. A.: B. Storch-Stettin, Wellenstraße 43.

Lebensmittelpreise in Preußen seit 20 Jahren.

Das Königl. Preuss. Statistische Landesamt hat kürzlich eine Uebersicht über die Bewegung der Preise von Lebens- und anderen Verpflegungsmitteln seit etwa 20 Jahren gebracht. Wir greifen eine Anzahl Hiffer heraus, die diese Bewegung innerhalb der letzten 20 Jahren illustrieren.

		1890	1910	1911	gegen 1890
Weizen 1000 Kilogr.	M.	180	190	190	+ über -
Roggen "	M.	192	250	240	+ 199 + 7 M.
Hafer "	M.	170	143	158	- 14 "
Gerste "	M.	160	137	158	+ 17 "
Getreide (gelb) 1 Sgr.	M.	56	61	75	+ 19 "
Bohnen "	M.	32	28	37	+ 13 "
Erbsen "	M.	5	4	4	- 6 "
Erbsen (gelb) "	M.	5	5	8	+ 10 "
Kartoffeln "	M.	126	126	159	+ 41 "
Kartoffeln (gelb) "	M.	117	126	178	+ 70 "
Gewinnfleisch "	M.	121	126	170	+ 57 "
Schweinefleisch "	M.	139	129	162	+ 40 "
Speck (inl. ger.) "	M.	188	156	170	- 13 "
Schm. (inl.) "	M.	181	158	187	- 10 "
Ei "	M.	220	224	267	+ 56 "
Weizenmehl "	M.	34	29	37	+ 4 "
Roggenmehl "	M.	29	26	29	+ "
1 Schod Eier "	M.	352	388	457	+ 108 "

Aus dieser Tabelle geht zunächst hervor, daß mit Ausnahme von Speck, Schweinefleisch und Linsen alle Lebensmittelpreise seit 1890 eine Steigerung erfahren haben. Verhältnismäßig am geringsten ist diese nach der Getreide- und Getreidefabrikanten (Weizen). Ganz am wenigsten ist die Preissteigerung bei allem Getreide, das fast und Kartoffeln, das über die Hälfte teurer geworden ist als vor 21 Jahren. Auch die Erhöhung der Eier- und Butterpreise übersteigt bei weitem den in diesem Zeitraum eingetretenen Rückgang des Getreides. Kartoffeln sind gerade auf das Doppelte ihres Wertes gestiegen. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben die Preise beinahe noch einmal verdoppelt. Man beachte hier bereits 8-10 Pfennig im Mehlverkauf für das Pfund an Kartoffeln. Und daß für die Preissteigerung in nächster Zeit kein Hindernis, sondern nur noch ein weiteres Anzeichen zu erwarten ist, ist ja in den letzten Tagen an der Zahl des immer frapper werdenden Viehkaufpreises mehrfach bemerkt worden.

Der **3. Waggon Apfelsinen** Valencia **Murcia-Blutorangen** Valencia **Murcia-Blutorangen** Valencia

Wir empfehlen zu nachstehenden **extrabilligen Preisen**

kleinere Dtd. 0.35 mittlere Dtd. 0.45 große Dtd. 0.60
 zuckersüße, hocharomatische, würzige Bergfrüchte, ohne Kerne
 vollst. 100 St. 2.90 u. vollst. 100 St. 3.60 süße Früchte 100 St. 4.75

kleinere Dtd. 0.50 große Dtd. 0.70 extra. Dtd. 0.85
 Früchte 100 St. 4.00 Früchte 100 St. 5.50 große 100 St. 6.75

Beste Mess-Zitronen Dtd. 0.40 extragrosse, ans. Dtd. 0.55
 100 St. 3.20 gewählte Früchte 100 St. 4.35

Potter & Broskowski Mitglied des Rabats-Sparr-Vereins.

Die Früchte sind jetzt vollkommen ausgereift, zuckerhaft, sehr aromatisch und würzig.

Prachtvolle junge zarte russ. Poulets, Stück 1.40 - 1.80. Grosse, fleischige russ. Poularden, Stück 2.00 - 2.75
 in grösster Auswahl, von heute eingetroffener Sendung.

Prakt. den 2. Klasse 16 Millionen Mark, also den reichen Leuten 38 Millionen Mark, die er aus der Tasche der armen Leute holt, die alle Unbequemlichkeiten einer Reife 4. Klasse ertragen müssen, nur damit die 97 Millionen Mark Ueberflus erzielt werden können. Und dabei sind die Fahrgäste 1. Klasse fast alle Ruinier des Staates, während die Fahrgäste der verachteten 4. Klasse die Steuerlast zu tragen haben. So wirken also die Bahnen der Eisenbahnverwaltungen direkt aufreizend!

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 23. Februar 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Am kommenden Sonntag wird der Sozialdemokratische Verein im Volkspark ein Vergnügen für seine Mitglieder veranstalten. Für den Nachmittag, von 4 bis 7 Uhr, wird im großen Saal ein Streitspiel abgehalten, um 8 Uhr beginnt ein großes Instrumentales und Melodienstück, zu dem der Sängerchor seine Mitwirkung angedeutet hat, und daran wird sich ein Ball angeschlossen, der sich bis zum Morgen ausdehnen kann. Um zahlreiche Beteiligung der Parteimitglieder und ihrer Familien ersucht:
Der Vorstand.

Zur Verfilmung der Konsumvereine von Halle und Umgegend.

Alle zerstreuten Einzelkräfte zusammenfassen und sie durch die Vereinigung zu einer Macht ausgleichend, das ist das Wesen der Genossenschaftsbewegung. Höchst erkenntlich ist es deshalb, daß Genossenschaftler, die von diesem Gedanken getragen sind, sich seiner Durchführung widmen, wenn ihrer eigenen Interessen dabei beruht werden. Dieser tiefbedauerliche Zustand herrscht gegenwärtig noch immer in unserer heimatischen Genossenschaftsbewegung. Es ist kein gutes Zeugnis für einen gesunden Geist der hiesigen Arbeiterkraft, daß fast jedes Centrum und jedes Dorf einen eigenen kleinen Konsumverein hat und angestrebt zu beharren sucht. Den Leuten, die dieses kleinliche Streben bisher mitmachten, möchten wir dringend raten, ihren Kopf einmal nicht nur über ihre Ohren zu stecken, sondern auch noch über Halle hinaus, nach Dresden zu wenden. Dort wird uns in erfreulicher Deutlichkeit vorgeliebt, wie es in Halle gemacht werden muß, an dem schönen Beispiel der Verfilmung der Dresdener Konsumvereine.

Ein bedeutsamer Zusammenschluß auf dem Gebiete des Konsumgenossenschaftswesens wird gegenwärtig in Dresden und Umgegend vollzogen. Neben dem großen Konsumverein Vorwärts hat es die Konsumvereine Volkshaus, Erlisen, Kötzsch, Niederschütz und Wilsdorf, die alle auf ein Langjähriges Bestehen zurückzuführen sind. Die Verfilmung dieser Vereine, mit dem Vorwärts wurde vor fünf Jahren erstmalig angeregt. Anfangs fand man in den kleinen Vereinen nicht das rechte Verständnis für die Verfilmung. Die Frage des Zusammenschlusses wurde aber immer lebhafter ventiliert und verfochten, da sich mehr und mehr Anhänger dafür fanden, nicht mehr von der Tagesordnung. Es wurden in einigen kleinen Vereinen Resolutionen angenommen, in denen die Zweckmäßigkeit einer Verfilmung anerkannt und gebilligt wurde, in Unterabteilungen mit dem Vorwärts zu treten. Die Verfilmungsfrage ist nun im letzten Jahre so weit gefördert worden, daß der Verein Volkshaus den Anschluß bereits vollzogen hat und der Anschluß der übrigen Vereine — mit Ausnahme des Niederschütz — unmittelbar bevorsteht. Die in Frage stehenden Vereine werden sich laut Beschluss bis zum 1. Juli d. N. auflösen und mit Beginn des neuen Geschäftsjahres zum Vorwärts übertreten. Der letztgenannte Verein zählte am Schluß des letzten Geschäftsjahres rund 34 000 Mitglieder; nach vollzogenem Zusammenschluß dürfte die Mitgliederzahl weit über 100 000 betragen.

Nach diesen Vorgängen wird es wirklich höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß auch hier in der Umgegend von Halle die Verfilmungsfrage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet und daß in den kleineren Vereinen das rechte Verständnis für die Verfilmung geweckt wird. Es wäre dann ein letztes, einen großen Verein nach den Grundsätzen der modernen Arbeiterbewegung auszubauen. Für die Verfilmung kämen hier in Betracht die Konsumvereine in Ammendorf mit 489 727 Mark Umlauf bei 244 Mitgliedern, Döllnitz mit 106 700 Mark Umlauf bei 244 Mitgliedern, Trotha mit 450 001 Mark Umlauf bei 1073 Mitgliedern, Lettau mit 171 358 Mark Umlauf bei 322 Mitgliedern, Lieskau mit 63 771 bei 118 Mitgliedern, Schiepzig mit 89 053 Mark Umlauf bei 179 Mitgliedern, Zwinitzsch mit 139 812 Mark Umlauf bei 361 Mitgliedern. Die Zahlen sind die des Jahres 1910. Dazu kämen noch folgende Vereine, für die wir nur Schätzungen haben: Reibburg mit 90 000 Mark Umlauf bei 150 Mitgliedern, Sölkau mit 150 000 Mark Umlauf bei 300 Mitgliedern, Nietleben mit 150 000 Mark Umlauf bei 300 Mitgliedern, Bieder-

ben mit 50 000 Mark Umlauf bei 100 Mitgliedern. Da der Saalkreisverein bei 10 166 Mitgliedern 3 028 845 Mark Umlauf hat, würde die Verfilmung eine Konsumgenossenschaft mit etwa 2½ bis 3 Millionen Mark Umlauf bringen.

Eine Organisation von dieser wirtschaftlichen Stärke im Interesse der Arbeiterkraft zu schaffen, das darf nicht an der Kleinlichkeit einzelner scheitern. Es braucht nur der gute Wille da zu sein, dann ist das Millionen-Ziel getan. Also laßt nicht lodern! Es muß gelingen!

Das Arbeitersekretariat im Jahre 1911.

Die Weisung der Reichsfinanzstelle der Halle'schen Arbeiterkraft hat sich im letzten Jahr auf dem Budgete erreicht. Im 10 999 Weisungen wurden 10 878 mündliche Anträge erreicht. Außerdem wurden 675 schriftliche Anträge und noch 2890 andere Schriftstücke im Sekretariat angefertigt.

Die Anstaltsverteilung verteilt sich auf folgende Gebiete: Arbeiterversicherung 2335, und zwar: Unfallversicherung 1290, Krankenversicherung 627, Knappschaftsversicherung 49, Invalidenversicherung 509, Arbeits- und Dienstvertrag 1584, und zwar: Kündigung und Lohnforderung 774, Lehrlingsmeinen 120, Gewindepflichtigkeit 537, Arbeiterjahre 44, Beurlaubung und Legitimationspapiere 86, Sonstiges 44. Bürgerliches Recht 2215, und zwar: Sachenrecht 571, Familienrecht 264, Erbschaft 402, Mietrecht 571, Sachenrecht und Baupflicht 251, Forderung 131, Zivilprozeduren 641, Sonstiges 84. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 2411, und zwar: Steuerfragen 1014, Staatsangehörigkeit, Bürgerrecht 163, Armenfragen 102, Bürgerrechte 77, Schul- und Kirchenfragen 140, Militärfragen 162, Sonstiges 63. — Strafrecht 700. Vereins- und Verbandsangelegenheiten: 70. Arbeiterbewegung: 16. Betriebsversicherung: 97. Handels- und Gewerbetreibende: 23. Dineres 91. — Persönliche Beziehungen: 24. 24 Streitigkeiten übernommen. Davon konnten 14 vor dem Amtsgericht, 7 vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, 2 vor dem Gewerbeamt und 1 vor dem Kaufmannsgericht fiat. Wie langwierig sich müht das Prozedurverfahren vor dem Amtsgericht geföhlet, mag man daran erkennen, daß die 14 Streitigkeiten vor dem Amtsgericht allein 69 Termine erforderten. Die gesamten Streitigkeiten machten die Wahrnehmung von 82 mündlichen Terminen erforderlich.

Nach Stand der Verurteilung verteilen sich die 10 499 (im Vorjahre 10 224) Befehle wie folgt: Arbeiter 8507, Witwen 377, Ehefrauen 358, Dienstboten 339 (davon 250 weibliche und 89 männliche), selbständige Gewerbetreibende 233, Invaliden 208, Arbeiterinnen 129, Vereine, Korporationen 62, Lehrlinge 60, Handlungsgeldbesitzer 59, Endbesitzer 62, beantragte 35, Vorgesetzte 31, Staats- und Gemeindefunktionäre 31, Landwirte 27, Privatangehörige 17, Verkäuferinnen 15, Geb. ammen, Artisanen je 2, Photograph, Chemiker, Schriftsteller, Dolmetscher, Kantorinnen, Kinderärztinnen je 1. — Insgesamt sprachen 9303 männliche und 1134 weibliche Personen vor. Dazu kamen dann noch die 62 Vereine und Korporationen.

Organisiert waren von den Weisungen insgesamt 8280 (im Vorjahre 8074), die sich auf die einzelnen Verbände wie folgt verteilen: Väter und Mütter 110, Barbier 12, Bauarbeiter 1169, Bergarbeiter 389, Bildhauer 14, Böttcher 23, Brauer und Müller 168, Buchbinder 44, Buchdrucker 284, Bureauangestellte 12, Buchdruckerschriftsetzer 59, Endbesitzer 44, Fabrikarbeiter 1149, Fleischer 9, Fuhrwerksbesitzer 29, Gärtner 18, Gewerbearbeiter 75, Glaser 32, Glasarbeiter 8, Handlungsangestellte 15, Hausangestellte 33, Holzarbeiter 570, Kupferfunde 58, Lagerhalter 35, Landarbeiter 13, Lithographen und Kleindrucker 24, Lederarbeiter 2, Kürschner 4, Maler 172, Maschinenführer und Heizer 84, Metallarbeiter 2154, Musiker 5, Porzellanarbeiter 19, Saitler 28, Schmiede 164, Schneider 96, Schuhmacher 82, Seelenie 1, Steinarbeiter 22, Steinleger 82, Stillekutter 17, Tabakarbeiter 33, Transportarbeiter 74, Tapezierer 32, Textilarbeiter 12, Topfer 40, Zimmerer 132. — Ihren Wohnsitz hatten in Halle nicht einmündelnden Personen 7002 Befehle. Aus auswärtigen Orten kamen 2597 Befehle.

Die Arbeitersekretäre haben des meistenten durch Rat und Tat zwei Fortschritte erringt, als die sich die regelmäßig monatlichen Zusammenkünfte der Gewerbegerichtsbeiräte und die der Arbeitervertreter in den Verbandsvereinsversammlungen darstellen. — In den monatlichen Sitzungen der Gewerbegerichtsbeiräte findet regelmäßig die Verörterung der wichtigsten Streitfälle statt. In den Sitzungen nimmt jedesmal ein Arbeitersekretär teil, um, wenn notwendig, in die Debatte einzugreifen und an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen oder bereits anderwärts gefällter Entscheidungen interessante Streitfälle zu erläutern. Mehrere wurden geboten über: 1. Willen Hebrungen und befristet werden? 2. Für welche Personen ist das Gewerbeamt zuständig? 3. Verfügt die Verurteilung von Streitfällen gegen die guten Sitten? Die Sitzungen waren durchschnittlich von 20 Bei-

nehmern besucht. Am sich mit dem Verfahren vor dem Gewerbeamt sowie der Rechtsprechung genügend vertraut zu machen, ist das regelmäßige Erscheinen der Befehle vor den Sitzungen einmustern. Die Sekretäre der Gewerbeämter in den Organen der Arbeitervereinsvereine, Institute und auch in den letzten Jahren monatlich einmal im Englischen Hof zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzungen fanden im Winterhalbjahr Sonntags nachmittags, im Sommerhalbjahr Montags abends statt. In diesen Sitzungen wird vorwiegend Bericht erstattet über die Verhandlungen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Meißner, vereinigt auch über das Arbeiterversicherungsamt in Berlin. Hier wird jeder die Wahrnehmung gemacht, daß sich die Rechtsprechung sowohl bei den Schiedsgerichten wie beim Reichsversicherungsamt von Jahr zu Jahr für die Beteiligten verbessert. Um die Befehle nun mit der Sozialversicherung immer mehr vertraut zu machen, wurde voriges Jahr seitens der Arbeitersekretäre mit Vorträgen über die Arbeiterversicherungsordnung begonnen, die im neuen Jahre eine Fortsetzung erfahren. Der Bericht dieser Sitzungen ist nicht allein für die Schiedsgerichtsbeiräte von Wert, sondern für alle diejenigen, die innerhalb der Arbeiterversicherung ein Amt bekleiden. 242/21

* Der 9. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins. Im Sonnabend, den 24. Februar, von abends 8 Uhr ab veranlaßt der 9. Bezirk des Sozialdemokratischen im Verein Treier, Werchauer Straße, ein Wintervergnügen, bestehend aus humoristischen Vorträgen und Fränschen. Die Mitglieder der verschiedenen Bezirke werden hierdurch ebenfalls eingeladen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

* Tagesordnung für die Sitzung der Stadtbordnenderversammlung am Montag, den 26. Februar 1912, nachmittags 4 Uhr. Öffentliche Sitzung. Behandlung des Kollegialrats für die Straßenbahn. Anberufung an der Marktstraße. Ausbau von Straßenbahn- und Gürtelbahnlinien bei Halle-Kröppitz. Bauplan für 1912 für die Festschiffwerke — Bauwesen — Friedhöfe — Sonstige gemeinnützige Zwecke. Änderung des fälligen lichten Bebauungsplans. Spielplatz zwischen Söde und Weidenauerstraße. Umgestaltung für Hauptstraße nach dem Dinerhaufe im Schlad- und Wilsdorf. Erweiterung des Wasserwerks Weiden. Vertagung um Errichtung einer Verbandsanstalt auf dem Wilsdorf. Geschlossene Sitzung. Konstitutionierung eines Beirats. Wahl eines Schiedsmanns. Anstellung von Beamten. Anstellung eines Bezirks für die kaufmännische Fortbildungsschule. Wahl eines Bezirks für die kaufmännische Fortbildungsschule.

* Ferienkurs für Genossenschaftswesen. Vom 4. bis zum 7. März wird im Seminar für Genossenschaftswesen an der hiesigen Universität ein Ferienkursus abgehalten, zu dem gegen Zahlung einer Mitgliedskarte von 5 Mark oder Zahlung von 30 Pf. für die einzelnen Vorlesungen jebermann der Zutritt freier ist. Es wird Dekanonomier Dr. Mebe in drei Stunden das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen behandeln. Ferner werden drei Stunden dem Vortrage von Dr. Hein über das bürgerliche und Handelsrecht vorbehalten. Das Genossenschaftsrecht behandelt Geheimrat Dr. Voening in vier Stunden. Dann spricht Dr. Gehrig über die Erwerbsgesellschaften in der heutigen Volkswirtschaft. Professor Kohns ist eine Einführung in das Genossenschaftswesen. Dr. Wolff behandelt in zwei Stunden die Genossenschaftswesen und in einer dritten die Genossenschaftswesen. Dr. Reiber spricht über Weizen und Grundbesitz der Wälder, während Dr. Gehrig den Vorträgen und Bankrecht behandelt. Professor Geiger, der Anwalt des Allgemeinen Verbandes, spricht in zwei Stunden über das gewerbliche Genossenschaftswesen und in einer Stunde über steuerliche Genossenschaftswesen.

* Aufgehobenes Urteil. Eine Diebstahlsangelegenheit von zehn Summen ist vom Landgericht Halle a. S. am 16. November d. J. abgeurteilt worden, und zwar haben die Angeklagten wegen mehrfachen schwerer Diebstahls — mehrfachen Diebstahls und Diebstahls Genossenschaftswesen und Buchführungsarbeiten von verheirateter Dauer erhalten. Wegen des Urteils hatten nur vier Angeklagte Revision eingelegt: Musculus, Schilling, Schmidt und Stropp. Letzterer, der ein Altpfandgeschäft betrieb, ist wegen Diebstahls in einem Falle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die vier Reklamenten beantragten, die in der Hauptverhandlung getroffenen Feststellungen genehmigt nicht, um sie schuldig erklären zu lassen. Stropp besonderte rügte die Nichtverurteilung eines Zeugen. Diese Reklamenten hat das Reichsgericht für durchgehend; es hob deshalb das Urteil gegen Stropp auf und verurteilte es ferner die Sache an die Vorinstanz zurück. Die Reklamenten der drei anderen Angeklagten aber verwarf es als unbegründet.

* Stadtkonferenz. Das Sekretariat der kommenden Woche lautet folgendermaßen: Sonnabend Hoffmanns Erzählungen (eine weitere Wiederholung ist vorerst nicht vorgesehen), und zwar im 4. Viertel als 164. Vortragsveranstaltung, Sonntag nachmittags 3½ Uhr als Abendvortrag über die ernährten Freizeiten zum letzten Male die moderne Eva. Abends 7½ Uhr Abende als 163. Vortragsveranstaltung im 3. Viertel. Das Glucke-Meisterwerk hat vor ungefähr 10 Jahren in Wiesbaden seine Auferstehung zu neuem Leben erfahren, welche es in erster Linie der neuen Bearbeitung von Sülzen u. Scharf verdankt. Diese Bearbeitung ist nun im großen Rahmen an das Original zurückgeführt. Am Montag wird die Lustspiel-Komödie Die fünf Rantfurter

Extra-Angebote zur Konfirmation.

Um eine besonders günstige Gelegenheit zum Einkauf für Konfirmanden zu bieten, veranstalten wir diese Konfirmanden-Tage. — Die letzten Angebote sind im Preise bedeutend ermäßigt.

3 Serien Konfirmanden-Anzüge.

Tiefschwarze, blaue, dunkel- und hellgemusterte Stoffe in ein- u. zweireihigen Fassons.

Guter Sitz, feine Qualitäten, gute Verarbeitung sind die Vorteile unserer fertigen Kleidung. Bestimmen Sie bitte die angegeb. Sachen. Serie I: 8⁵⁰ Serie II: 13⁵⁰ Serie III: 18⁵⁰

3 Serien Kleiderstoffe.

Unsere Auswahl in schwarz, sowie allen modernen Farben erleichtert den Einkauf in jeder Weise.

Prüfen Sie unsere Qualität, überzeugen Sie sich von der Güte der Ware. Wunderschöne Besätze zu all. Farben passend, allerbilligst. Serie I: 75[—] Serie II: 1³⁵ Serie III: 1⁹⁵



Halle a. S., Leipzigerstrasse 87.

Unsere Photographie-Bons.

6 Bilder beim Einkauf von 25 Mark an, 12 Bilder beim Einkauf von 50 Mark an,

werden auch weiterhin den Konfirmanden gratis verabfolgt. Die Aufnahmen haben bis 1. April Gültigkeit.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 46

Seite a. S., Sonnabend den 24. Februar 1912

23. Jahrg.

Von der Klassenjustiz.

Die Debatte über den preussischen Justizetat wurde am Donnerstag im Reichstagenhaus fortgesetzt. Genosse Dieckhoff schloß in einer längeren Rede die Aufgaben, die eine vollkommenere Justiz zu lösen hätte und die hauptsächlich darin bestehen, das Verbrechen zu verhüten, das Verbrechen aber nötig, die Quellen des Verbrechens zu entdecken und zu verstopfen, also eine genaue Erforschung der Wohnungsverhältnisse, des sozialen Elends in jeder Form. In Sachen der gründlichen Ausbildung der Richter schloß Genosse Dieckhoff vor, daß sie sich vor allen Dingen auch über die sozialen Fragen unterrichten müßten. Im einzelnen führte Dieckhoff aus: Abg. Voßmer hat gestern erklärt, daß die Richter Kritik nicht nur vertragen, sondern geradezu wünschen; danach wird man unsere Kritik nicht mehr als „Gerichtskritik“ bezeichnen können. (Sehr wohl! h. d. Soz.) Wir erkennen an, daß ein großer Teil der preussischen Richter und Staatsanwälte ihr Amt unparteiisch ausüben, aber unsere heutige Justiz kann den Anforderungen der Gerechtigkeit nicht völlig genügen, aus Gründen, die außerhalb des guten Willens der einzelnen Richter liegen.

War Deutschland auf dem ersten internationalen Kongress für Jugendgerichte offiziell vertreten? Dort wurde das deutsche Jugendgerichtswesen sehr gelobt, aber wenn wir auch manche außerordentlich tüchtige Jugendrichter haben, so fehlt es doch vielen, namentlich in der Provinz, an den unerlässlichen pädagogischen Fähigkeiten. Statt eines Richtergeloses über bedingte Verteilung und bedingte Anklageberatung haben wir nur einen kümmerlichen Vorkauf in der bedingten Vergütung. So erfreulich es ist, daß von ihr immer mehr Gebrauch gemacht wird, so behauerlich ist es, daß ihre Anwendung bei den Strafen über sechs Monaten zurückgegangen ist. (Sehr wohl! links.) Auf dem internationalen Kriminalistenkongress sagte Geheimrat Strohne, die Einführung einer vernünftigen Strafvollstreckung sei eine Frage der Mittel. Wir alle sollten erklären, daß wir zur Verwirklichung der Mittel für diese eminent wichtige Aufgabe bereit sind, damit die Staatsregierung nicht glaubt, nur die Sozialdemokratie wolle das. Bei der Entscheidung von unjuridisch Verteilung und unjuridisch in Unterjudgmentschaft Gebalten kommt der Realismus der Richter leider noch immer zum Vorschein, ebenso bei der Entscheidung über die Frage der Ueberbildung der Verteilungswesen Freizeitsprecher auf die Staatskasse. Es wird häufig erklärt, die Sache sei so einfach gewesen, daß ein Verteilung „unmöglich“ gewesen wäre. Die Richter, die die Anklage zugelassen haben, erkennen das nicht — aber der nichtrechtshändige Angeklagte soll es wissen! (Sehr gut! h. d. Soz.) Die Verordnungen der Schlichter werden nicht, im haben bedeutende Mängel im Zusammenhang mit dem angeführt. Durch eine Reform nach der Ausbreitung der Richtigkeiten, namentlich der unzufriedenen Prozedur, ein Ende gemacht werden; ebenso dem Engländer machen.

In der Budgetkommission hat der Justizminister der Ansicht eines Nationalliberalen zugestimmt, daß Richter, die für die bürgerlichen Parteien agieren und also gegen die Sozialdemokratie agitieren müssen, der nötige Urlaub erteilt werden soll. Auch andere Vorgänge beweisen, daß die Justizverwaltung nicht unparteiisch ist. Als ich 1/2 Jahre Stellungsbefehl hatte, hat sie es abgelehnt, mir einen Vertreter zu bestellen, um meine Erlangung möglichst zu erleichtern. Das Vergütigen wurde ich in der Parteiangelegenheit in der Verhandlung wurde, als er bei der vorigen Reichstagswahl landbiert, ein Vertreter bestellt, aber als die Justizverwaltung erfuhr, daß sich dies wegen der Tätigkeit Landberg als sozialdemokratischer Reichstagskandidat nötig gemacht hatte, erklärte sie die Weigerung, dies nicht früher erfahren zu haben, da sie sonst den Vertreter nicht bestellt hätte. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die vorjährige Erklärung des Ministers des Innern, daß er ein Gesetz gegen die Gewerkschaften für wünschenswert halte, sollte wohl die Richter Eindruck machen? Wo bleibt da die Unabhängigkeit der Richter? Ueber die geheimen Personalkarten gibt die Regierung keine Auskunft. In diese Karten haben nur eine Geheimnishaftigkeit. Sie dürfen sich ohne Genehmigung der Vorgesetzten nicht über einen Beamten besprechen. Ich finde keinen großen Unterschied zwischen dem letzten Wort proprio des Papstes und einer derartigen Versicherung. Unabhängige Richter müssen direkt aus dem Volke herorgehen. Der Klassencharakter der Justiz wird durch die heutigen Schöffen und Geschworenen nicht beseitigt, da Arbeiter dazu nicht herangezogen werden. Es müßte völlige Unentgeltlichkeit der Ausbildung gewährleistet werden, damit jeder dazu Befähigte auch Richter werden kann. (Zustimmung h. d. Soz.) Ein Generalwort das Verbot der Justizverwaltung, daß ihre Unterbeamten nicht an dem Berliner Unterbeamtenrat teilnehmen dürfen. (Der Präsident ersucht den Redner, sich zu äußern.) Wir verstehen unter Klassenjustiz keineswegs die bloße Rechtsbeugung und weisen eine solche Auslegung weit von uns. Es ist ein trauriger Mißstand, unseren Parteirechtler den „Vorstrafen des Vates“ anzurechnen. Wenn die Presse, tuzierende Gerichte pflichtgemäß mitteilt, so wird sie hart bestraft, unsere Parteipresse wird der Schwab des 189 Str.-G.-M. hienaußig verlag. Die Rechtsprechung des Kammergerichts ist miserabel geworden. Großer Scherzmann wird zu dem Zwecke verbannt, das preussische Verfassung gegen die Opposition möglichst weit auszuweiten. Es ist ununterwerflich, daß die Justizverwaltung gegenüber den politischen Mätkaden auf die Jugendauschüsse zum Zweck der Errichtung von Jugendbeiräten nicht mehr Widerstand entgegensetzt. Das beweist, daß die politische Vorgehensweise unparteiisch ist. Ihre Weltfremdheit beruht

auf den großen Unterschieden zwischen der Lebensweise der verschiedenen Bevölkerungsklassen. Zur die jungen Juristen wäre es von Wichtigkeit, sich über die sozialdemokratischen Verordnungen zu informieren. (Gelächter rechts.) Selbst ein Strafverfahren weiß davon sehr wenig.

Die Quellen des Verbrechens sind die sozialen Zustände, der Alkoholismus, die Sittlichkeit usw. Die Strafjustiz sollte das begreifen. Die Justizverwaltung muß der Geschicklichkeit gewidmet sein, aber gerade sie gibt Anlaß zu Klagen über Ungefälligkeit. Die Politik muß aus dem Gerichtshof verbannt sein; dort muß ohne Ansehen der Person und der politischen Anschauung gerichtet werden. „Wollt Ihr Gerechtigkeit bringen der armen Kranken Zeit, so laßt vor allen Dingen selbst Recht und Gerechtigkeit.“ Das muß der preussische Staat erst lernen.

Präsident Schr. v. Erffa: Das geht zu weit, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dieckhoff (fortfahrend): In diese ganze Bewegung und unter Streben geht dahin, in dieser Beziehung vom Teil des deutschen Volkes möglichst viel durchzusetzen. (Beifall h. d. Soz.)

Der Justizminister äußerte sich nur über kleinere Beschwerden und lehnte es ausdrücklich ab, auf die größeren Probleme einzugehen. Am Schluß der Debatte geistete der Kölner Justizrat Trimborn in amüsantester Weise die unzulässige Foulerei der juristischen Studenten, worüber er wieder erfordere Tatsachen mitteilte.

Der Bund der Dreimalhunderttausend.

Ueber den Bund der Landwirte und seine Generalversammlung ist nach folgendes bemerkenswert: Wenn schon im Sporpalast am vergangenen Montag Abstimmung herrschte, in einem Sinn die Leute wie immer die alten geblieben: im Aufschneiden. Worte tollener Nichts! Das war die Parole, und deswegen kam es auf ganze Hände voll mehr oder weniger schöner Redensarten nicht an. Eigentümlich ist nur, daß da, wo der Bund der Landwirte seine Ziele und seine aufschneidende Worte wirklich zeigen kann, in den Mitgliederversammlungen und dem Wahltag es einnahm, trotz dreihundertigem ununterbrochenen Redefluß, jede auch nur geringste Andeutung völlig fehlte.

Im Geschäftsbericht finden sich einige schwache Bemerkungen über den Organisationsumfang. Die Mitgliederzahl ist in stetigem Steigen geblieben und hat seit der vorigen Generalversammlung um Tausende zugenommen. Durch den Tod sind, soweit es festzustellen war, 176 Mitglieder ausgeschieden. Das ist alles!

Am Geschäftsjahre 1910 hat der Bund der Landwirte nach seinen eigenen Mitteilungen 10 840 Versammlungen abgehalten und 11 000 Mitglieder gewonnen. In jeder Versammlung wurde ein Wahltag abgehalten. Das Wahljahr betrug 18 800 Wähler-Versammlungen, davon waren 1487 reine Wahlversammlungen, die Mitgliederzunahme betrug nur Tausende! Schon das Verfallende des Mitgliederwachstums beweist, daß das Wachstum nicht einmal im Maße von 1910 vor sich gegangen ist. Dazu kommt aber noch, daß in den agrarischen Geschäftsberichten die Ausritte nicht bezogen werden, mit Ausnahme der durch Tod verursachten.

Eine andere Möglichkeit, die Bundesmitgliederzahl festzustellen, ergibt sich in der Auflagegröße des wöchentlich erscheinenden Bundesorganes. Die Auflage dieser Zeitung, die allen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt wird, betrug im Jahres-Geschäftsjahre die Ziffer auf 241 960 Exemplare gelieferten. Dies war ein Plus, das naturgemäß nur zum Teil einem entsprechenden Mitgliederwachstum entspricht.

Die Auflage der provincialen, von Landesorganisationen herausgegebenen Wochenblätter, die 1910 und 100 000 betrug, ist diesmal mit 91 000 angelegen.

Alles in allem, an einen nach Tausenden zählenden Zuwachs an Mitgliedern erinnert das alles gerade noch nicht allzu sehr. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die bündlerische Werbemethode mittels der auf Dänen und Prämien gestellten Agitatoren einen stuporösen Mitgliedererwerb bebingt. Prominente Vorkämpfer der Bundesorganisationen und deren Stellvertreter sind mitunter schon so gewöhnt worden, daß sie mit der Mitteilung von ihrer Wahl zugleich ein Brieflein erhalten, in dem ihnen höchst schmeichehaft nahegelegt wurde, nun rasch Mitglieder des Bundes zu werden!

Den eigentlichen Mitgliederbestand charakterisierte der Führer des bayerischen Bauernbundes, Anton Memminger, einmal in seinem Blatte wie folgt:

„Aus dem Schreiben — Anstellungsvertrag des Bundes mit einem seiner Agenten — ergibt sich, daß die Bundesleistung von ihren Agenten Ueberzeugung und Charakter nicht verlangt. ... Was aber noch mehr in die Augen springt, ist das rein Geschäftliche des Abkommens. Es kommt namentlich darauf an, neue Mitglieder zu werben, wird ohne Rücksicht gefragt. Wenn der Agent eine genügende Anzahl neuer Mitglieder erhält, so wird sein Entgelt bezahlt, auch wenn ihm ein fieser Geschäftsgewinn zu machen ist gewisse Versicherer-Gesellschaften. ... Wir können beispielsweise ein Schreiben einer Versicherer-Gesellschaft entgegenstellen, worin den eventuell anzustellenden Agenten fast die gleichen Bedingungen gestellt werden, mit dem Unterschied freilich, daß hier die feste Anstellung von dem aufgenommenen Individuum abhängig gemacht wird.“

Im demokratischen Freien Volk erzählte vor einiger Zeit

ein früherer Bundesagitor, daß die einzelnen Agenten in kurzen Zwischenräumen vorbereitete Fragebogen ausgefüllt an die Zentrale schicken müßten, in denen sich unter anderem folgende schöne Fragen finden:

1. Angabe von zuverlässigen Bundesmitgliedern.
 2. Angabe von heimlichen Gegnern.
 3. Angabe von offenen Gegnern.
- Es handelt sich also hier um eine Art bundespolizeilicher Nahrungsliste aller deutscher Bauern. Zur händlichen Ausfüllung dieser Sammlung dienen die auf Dänen und im günstigen Falle auch auf angelegten Agenten.
- Und trotzdem mag es der Bund der Landwirte nicht, seine Mitgliederziffer, getreu dem seine Finanzangelegenheit zu veröffentlichen — trübe Zeichen bei den Wählern der Bewegung all deder von War und Palm.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der oberdeutschen Bergarbeiter.

In einer Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterorganisationen wurden nochmals die Arbeitsverhältnisse der oberdeutschen Bergarbeiter besprochen und nach längerer Beratung wurde der Beschluß gefaßt, an den oberdeutschen Berg- und Hüttenmännlichen Verein als Vertretung der oberdeutschen Bergarbeiter sofort eine Eingabe einzureichen, in der eine Erhöhung des Arbeitlohnverdienstes um 15 Prozent gefordert wird. Diese Forderung ist von Vertretern folgender Organisationen unterzeichnet worden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Zit Bodum), Polnische Berufsvereinigung (Zit Bergarbeiter), Verband der katholischen Arbeitervereine (Zit Berlin, Gewerkschaft Bergarbeiter), Christlicher Gewerkschaft der Bergarbeiter Deutschlands (Zit Essen), Gewerkschaft der Bergarbeiter (Zit Oberhausen).

Es ist das erste Mal, daß die Bergarbeiterorganisationen in Oberdeutschland zu gemeinsamem Vorgehen sich aufrufen. Durch diese Einigkeit und Geschlossenheit der oberdeutschen Bergarbeiter gewinnt die Lohnbewegung an Wucht und Nachdruck.

Die englische Regierung und der bevorstehende Bergarbeiterstreik.

Aus London wird uns geschrieben: Auch die Verhandlungen des mittelländischen Einigungsamtes des Bergbaus, des einzigen, das einige Hoffnung auf wenigstens einen teilweisen Vergleich hat, sind gestern ebenfalls ergebnislos verlaufen. Da nun der Kampf augenblicklich unüberwindlich geworden ist, hat sich die Regierung zur Intervention entschlossen. Der Ministerpräsident hat an die Vertreter der Grubenbesitzer und der Arbeiter einen gleichlautenden Brief gerichtet, worin diese zu einer bevorstehenden gemeinsamen Besprechung der Lage mit dem Ministerpräsidenten und einigen feigen Kollegen eingeladen werden. In dem Briefe heißt es, daß die Regierung bis jetzt noch einige Hoffnung hegte, das „Anglist einer nationalen Arbeitseinstellung“ werde durch direkte Verhandlungen vermieden werden können. Diese Hoffnung habe sich aber allmählich verringert. Einer solchen furchtbaren Katastrophe könne die Regierung nicht untätig zusehen. Die Einleitung zu den Besprechungen erfolge auf den Vorschlag des im vorigen Jahre geschaffenen „Industriarates“ (das Gewerbliche Schiedsamt, dessen Vorsitzender Sir G. Alcock ist).

Die Besprechungen werden jedenfalls stattfinden, und man nimmt an, daß die Regierung den Parteien zunächst den Vorschlag machen wird, die Streikfrage dem Industriarats zur Entscheidung zu überweisen. Sollten, was zu erwarten, die beiden Parteien diesen Vorschlag ablehnen, kann werde die Regierung die Einsetzung einer besonderen Royal Commission zur Untersuchung der Frage und zur Verrichterhaltung über dieselbe beschließen. Also daselbst Mittel, das beim Eisenbahnerstreik mit so zweifachstem Erfolg angewendet wurde. Den Bergarbeitern soll dann nahegelegt werden, den Ausbruch des Streiks bis zum Ercheinen eines solchen Verdicts zu vertragen. Es ist jedoch sehr fraglich, ob sich die Bergarbeiter nach den Erfahrungen der Eisenbahner zu einem solchen Verfahren verstehen werden.

Es lauten mangelhaft mehr aber minder ernst zu nehmende „Rettungsvorschläge“ auf, von denen manche zeigen, daß wir nicht mehr weit von einer allgemeinen Panik entfernt sind. Der Daily Chronicle macht heute allen Ernstes den Vorschlag die Forderung der Arbeiter solle für drei Monate „perzussweise“ gewährt, die den Grubenbesitzer dardurch erwachsenen Werklosten aber vom Staate zu ruderhalten werden (!). Nach einem anderen Vorschlag soll der Streitpunkt einem paritätischen Schiedsgericht unter Vorsitz des Königs (!) unterbreitet werden!

Die Regierung vermittelte.

Aus London meldet Sir John Balfour: Gestern fanden auf der Foreign Office die Konferenzen der Minister mit den Vertretern der Bergarbeiter und den Vertretern der Grubenbesitzer, statt, zu denen die offiziellen Einladungen durch den Premierminister Aquith ergangen waren. Der Premierminister präsierte und die Minister Lloyd George, Sir Edward Grey und Ozyon, der Industrieminister Asthorth und der Vertreter des Handelsamtes nahmen an den Konferenzen teil. Die Verhandlungen schritten offenbar fort. Um 6 Uhr fand eine weitere Konferenz der Minister mit den Arbeitervertretern statt, die bis 10 Uhr 1/2 hielt. Danach wurde offiziell gemeldet, daß Premierminister Aquith die am nächsten Dienstag in London tagende Konferenz der Grubenarbeitervertreter unter dem von ihm zu ernennenden Komitee aufgeschoben, mit ihm zu einer Konferenz zusammenzutreffen.

In den Wandelgängen des Unterhauses gelangt man immer mehr zu der Ansicht, daß der Ausbruch der Gruben-

Konfirmanden-

schwarz und blau,

I- und II-reihig

1190 1490 1875 2375

Anzüge

Kaufhaus für

Herrn-Bekleidung

G. m. b. H.,

Leipzigerstr. 11, gegenüb. d. Ulrichskirche.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Fritz Steidl-Ensemble.
 Nie zuvor dagewesener Erfolg:
„Donnerwetter tadellos!“
 Gr. Jahresrevue von Jul. Freund.
 Neubearbeitet von Direktor Fr. Steidl,
 Musik von Paul Lincke.
 3 Balletts. — Tänzerinnen 30.
 Nur noch **7** mal:

Böllberg - Wörmnitz.
 Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr,
 im **Gasthaus zu Wörmnitz:**

Öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
Was Lehren uns die Reichstagswahlen?
 Referentin: Genossin **Mühle-Halle.**
 Freie Diskussion. Freie Diskussion.
 Einen recht starken Besuch dieser Versammlung erwartet **Der Einberufer.**

Holzarbeiter-Verband, Halle S.
 Sonnabend den 24. Februar abends 8 1/2 Uhr
 im kleinen Saale des „Volkspark“, Burgstr. 27
Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zur Konferenz in Magdeburg, und Wahl von Delegierten hierzu.
 2. Wahl von Kommissionen.
 3. Grenzstreitigkeiten.
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 5. Möglichen Erträgen nicht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Section d. Sattler, Halle a. S.
 Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
 :: bei **J. Streicher, Kl. Klausstraße 7:** ::

Mitglieder - Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. **Vortrag.** — 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung, Maler!
 Auf Grund des Reichstaxtarifs § 10 (Schmutzkonkurrenz) ist über die Firma **Ottomar Schmidt, Mülcheln**, vom Bitterfelder Ortstarifamt die **Sperre** verhängt.
 Auch zahlte die Firma den in den Muldensteiner Beamtenhäusern beschäftigten Gehilfen unter den tariflichen Lohnsätzen. Die Sperre ist unter Zustimmung der Zentralinstanzen des Arbeitgeberverbandes und des Verbandes der Maler über **sämtliche** Arbeitsstellen der Firma verhängt.
Das Ortstarifamt Bitterfeld.

Zentral-Verband d. Maschinisten u. Heizer, Zahlstelle Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar, nachmitt. 4 Uhr,
 in der „**Goldene Kette**“:
Mitglieder - Versammlung.
 Vortrag über **Dampfessel - Explosionen.**
 Referent: Kollege **K. Kirschbeck, Berlin.**
 Wir erwarten, daß alle Kollegen in dieser Versammlung teilnehmen.
Die Orts-Verwaltung.

Konsum-Verein, Holzweissig u. Umg. (e. G. m. b. H.)
 Sonntag, 3. März 1912, nachm. 2 Uhr
 im **Gasthof Preussische Krone**
Ordentliche General - Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Halbjahresbericht.
 2. Wahl von Aufsichtsrats- und Ausschussmitgliedern.
 3. Berichtslauf mit Kassenabz.
 4. Ankauf eines Geschäftshauses in Greppin.
 5. Ausschluß von Mitgliedern.
 6. Genossenschaftliches.
 Eintritt nur gegen Karte.
 Der Aufsichtsrat: **G. Jahn, Vorsitzender.**

Central-Verband der Schmiede, Zahlstelle Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912 im „**Englischen Hof**“:
Familien-Abend
 Florian-Sänger.
 Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Rheinperle SOLO
 Margarine, die Elitemarken der Branche, ersetzen
Feinste Butter
 Holl. Marg. Werke, Jürgens & Prinzen G. m. b. H. Goch. Pfl.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Halle a. S.
Achtung! **Achtung!**

Maurer u. Bauhilfsarbeiter.
 Sonntag den 25. Februar 1912 vorm. 11 Uhr
 im Lokale von **Jos. Streicher, Kleine Klausstraße 7:**
Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs **F. Kleis** über: „Die neue Reichsversicherungs-Ordnung“.
 2. Beitragsfrage.
 3. Wahl zweier Beisitzer zum Vorstand.
 4. Bericht der Bauarbeiterschutz-Kommission und Neuwahl derselben.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Versammlung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich erscheinen zu wollen. **Der Vorstand.**
Witgliedsbuch legitimiert.
 Sonnabends muß um 5 Uhr Freierabend gemacht werden.

Eisleben. Mansfelder Kreis.
 Sonntag, den 25. Februar:
2 öffentl. Versammlungen.
 Nachmittags 3 Uhr in Eisleben, „**Hohenzollern**“.
 Abends 7 1/2 Uhr in Klostermansfeld, „**Gold. Ring**“.
 Referentin: **Frau Agnes Fahrenwald-Berlin.**
 Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

Zentral-Verband der Schmiede, Zahlstelle Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912 im „**Englischen Hof**“:
Familien-Abend
 Florian-Sänger.
 Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Ring- u. Stemm-Klub Feisen
 Mitglied d. Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschl. Bezirk Halle a. S.
 Sonntag den 25. Februar 1912,
 im **Lindenhof zu Gröllwitz:**
Gross. Winter-Vergnügen,
 verbunden mit
athletischen Aufführungen. ::
 Hierzu laden wir alle Freunde u. Gönner unseres Sports ein. **D. V.**

Apollo-Theater.
 Direktion: **Gustav Pöller.**
 Nur noch wenige Tage!
Otto Reutter
 mit völlig neuem, glänzenden Repertoire.
 Dazu: Gastspiel des Kgl. Bayer. Hofkapellmeisters **Conrad Dreher**
 als „**Acodim Hümel**“ i. d. Oper: „**Die schmale Comtesse**“ u. als „**Toni**“ i. d. Operette: „**Der blaue Reiter**“.

Stadt-Theater
 in **Halle a. S.**
 Direktion: **Beh. Hofrat M. Richards.**
 Sonnabend den 24. Febr. 1912
 164. Abonnement-Vorl. 4. Viertel.
 Zum 8. Male:
 In neuer Inszenierung:
Hoffmanns Erzählungen.
 Romantisch-romantische Oper in 3 Akten, einem Prolog und einem Nachspiel von **Jacques Offenbach.**
 Kassenöffnung 7, Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Sonntag, 25. Februar 1912:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 15. Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
 Novität!
 Zum letzten Male:
Die moderne Eva.
 Operette i. 3 Akten v. **Jean Gilbert.**
 (Komponiert von „**Reinhold Zirk**“ u. „**Die deutsche Schöne**“.)
 Abends 7 1/2 Uhr:
 163. Abonnement-Vorl. 3. Viertel.
 Neu einstudiert:
 Mit neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen, Requisiten nach der Einrichtung des Kgl. Hoftheaters in Wiesbaden:
Armide.

Große Oper von **Christ. Willibald Ritter v. Gluck.** Freie herliche und fertige Neubearbeitung in 1. Vorpiel und 3 Akten v. **Georg von Hüllen.**
 Musikalische Ergänzung v. **Joseph Schill.**
 Den verehrl. Akzenten des 3. und 4. Viertels zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich am Sonnabend und Sonntag ein Umtausch als notwendig erweist. Am Sonnabend findet die 164. Vorstellung (4. Viertel) statt, am Sonntag die 163. (3. Viertel).

Passage-Theater
 Lichtspielhaus,
 — Halle, Leipzigerstraße 88. —
 jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Beginn der Vorstellungen:
 Modestrasse präzis 4 Uhr.
 Sonn- und Feiertags 3 1/2

Großer Schuhwaren-Ausverkauf
 altershalber wegen Uebergabe des Geschäftes.
 Solange der Vorrat reicht.
 Herren-Box- u. Chev.-Stiefel . . . von 5.00 an.
 Damen-Box- u. Chev.-Stiefel . . . von 5.50 an.
 Kinderstiefel zu billigen Preisen.
 — Großer Vollen —
 Herren- u. Damenst., Goody-Welt, von 8.00 an.
 Besonderes Angebot:
 Konfirmations-, Knaben- u. Mädchen, von 4.00 an.
 Filzwaren, um zu räumen, weit unter Preis.
 Für Wiederverkäufer extra billig.
Schuhwarenhaus Ferd. Kloppe,
 Schillershof, Ecke Marienstraße
 vis-à-vis der Handwerkerhülle, Nähe Hallmarkt.

Nähmaschinen
 aller Systeme, ff. Fabrikate von 60 Mark an.
 Auf Wunsch gänzliche Zeitabgabe
 bei keiner Anzahlung.
Reparaturen schnell und billig.
Karl Möller, Brüderstraße 9a, am neuen Amtsgericht.

Theater- u. Maskengarderobe-Verleih-Geschäft von **Zeugner & Riedel,**
 vorm. **Gottschalk,**
 Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 55,
 hält seine reichhaltige Auswahl neuer, feiner Herren- u. Damen-Masken-Kostüme bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Ankäufer Postkarten die **Waldschmidt**
 vorm. **Aug. Groß**, jetzt **U. Jähni**. — **Sämtl. i. Halle a. S.**